

SUARA

Watch
INDONESIA!

2/2010 | Jahrgang 19

3,00 Euro

Zeitschrift für Indonesien und Osttimor



Papua

Dialog gesucht

Lapindo

Entschädigung gesucht

Osttimor

Gerechtigkeit gesucht

Papua	Otsus, Dialog oder Referendum? - Die komplizierte Suche nach einer politischen Lösung für Papua ¹ <i>von Henri Myrntinen</i>	3
	Die Papua wollen eine ausgehandelte Lösung <i>von Neles Tebay</i>	6
Religion	Gedankenfreiheit oder Syphilis? - Die „Front der Verteidiger des Islam“ (FPI) muss sich verteidigen <i>von Alex Flor</i>	
Sicherheitssektor	Wählen gehen oder nicht? - Die indonesischen Streitkräfte drängen zurück in die politische Arena <i>von Ingo Wandelt</i>	13
Geschichte	Es wird wieder Geschichte geschrieben Interview mit Bonnie Triyana von dem Magazin Historia	15
Umwelt	Tanz auf dem Schlammvulkan - Die Umweltkatastrophe in Sidoarjo will kein Ende nehmen <i>von Anett Keller</i>	18
	Business as usual - Auf dem Weg zu nachhaltiger Umwelt- und Klimapolitik? <i>von Marianne Klute</i>	22
Osttimor	„Häusliche Gewalt ist nicht Teil unserer Tradition!“ von Monika Schlicher, Maria Tschanz & Henri Myrntinen	26
	„Wenn ich alles richtig mache, wird mein Mann mich nicht schlagen“ <i>Interview mit Manuela da Silva</i>	29
	Gedenken, Reparationen und Anerkennung <i>von Monika Schlicher</i>	31
	„Wir wissen bis heute nicht genau, wie groß die Zahl der Opfer ist“ <i>Interview mit Frauen von Rate Laek</i>	34
Aktivitäten	Angesagt. Aus der Arbeit von Watch Indonesia!	37
Impressum		40

Umschlagfoto: Kunstvoller Protest: Transparente, die die Künstler von Taring Padi und die Opfer der Lapindo-Schlammkatastrophe gemeinsam gestaltet haben; Foto: Anett Keller

Otsus, Dialog oder Referendum?

Die komplizierte Suche nach einer politischen Lösung für Papua¹

von Henri Myrntinen

Es war einer der größten Demonstrationenzüge in Papua, der sich am 18. Juni 2010 von Abepura in die Provinzhauptstadt Jayapura aufmachte, um symbolisch die Sonderautonomie für Papua zurückzugeben. Parallel dazu wurden kleinere Demonstrationen in verschiedenen Teilen Papuas, unter anderem in Wamena, Timika, Merauke (alle in der Provinz Papua) und auch in Manokwari und Sorong (West Papua) abgehalten. Wie so oft in Papua, waren die detaillierteren Informationen zur Demonstration ungenau und teilweise gegensätzlich, aber die Essenz der politischen Botschaft war klar: die Sonderautonomie für Papua ist gescheitert, es muss eine neue politische Lösung her.

Die Rufe nach einer politischen Lösung sind nicht neu, finden aber vier Jahrzehnte nach dem kontroversen „Act of Free Choice“ von 1969, der die Integration Papuas in die Republik Indonesien besiegelte, und im zehnten Jahr der Sonderautonomie zunehmende Unterstützung. Die Umsetzung der Sonderautonomie (*Otonomi Khusus*, meist bekannt unter seiner indonesischen Abkürzung Otsus) in den Provinzen Papua und West Papua, geregelt durch die Gesetze UU 21/2001 und UU1/2008, wird von weiten Teilen der papuanischen Gesellschaft als Misserfolg betrachtet. Eine weit verbreitete Ansicht wurde bei einer Diskussion zu Otsus im Juli 2010 in Manokwari auf den folgenden Punkt gebracht: „die Einzigen, die von Otsus profitiert haben, sind die politischen Eliten. Dem einfachen Volk hat Otsus rein gar nichts gebracht.“²

An die Spitze der derzeitigen Anti-Otsus-Bewegung, die auch starken Rückhalt in der Zivilgesellschaft hat, haben sich zwei Organisationen gestellt, die selbst stark an der (Nicht-)Umsetzung der Otsus beteiligt waren: der offizielle Papua Volksrat (*Majelis Rakyat Papua – MRP*) und der nicht-offizielle Rat der Indigenen Papuas (*Dewan Adat Papua – DAP*). Die Frage danach, wer eigentlich für die wenig zufriedenstellende Umsetzung der Otsus zuständig ist, erzählt Bände über die Verwirrung und das Kompetenzgerangel rund um das Gesetzespaket. Die Provinzregierungen schimpfen auf die lokalen Behörden und die Zentralregierung, diese weisen alle Schuld von sich und sehen ihre Hände durch die Provinzregierungen und -parlamente gebunden, die Parlamente weisen auf fehlende gesetzliche Handlungsgrundlagen seitens des nationalen Parlaments und darauf, dass der MRP seiner Rolle nicht gerecht geworden sei, dieser wiederum will ab jetzt nichts mehr mit Otsus zu tun haben. Während die Schuldzuweisungen weitergehen, wächst der Frust in der Bevölkerung, welche zunehmend die „Elite“ als solche als nicht regierungsfähig ansieht.

Die Demonstrationen gegen die Sonderautonomie finden nicht zufälligerweise zu einer Zeit statt, in der zwei komplementäre Prozessansätze für eine politische Lösung des Papua-Konfliktes angelaufen sind, nämlich die Umsetzung des Papua-Jakarta Dialogkonzeptes von Neles Tebay (siehe S. 6) und die sogenannte Papua Road Map. Während die Diskussionen um den Dialogprozess und die Papua



„Die Sonderautonomie ist gescheitert!“
Demonstration in Manokwari

Foto: Pietsau Amafnini

Road Map in den letzten Monaten im Vordergrund der politischen Debatten in Papua standen, haben sich mit den Demonstrationen wieder die Frage nach einem Referendum und die Kritik an der Otsus ins Zentrum der Debatten gerückt.

Die Papua Road Map – Der Weg ist das Ziel?

Die Papua Road Map wurde von dem staatlichen Indonesischen Institut für Wissenschaften (LIPI) unter der Federführung von Muridan Widjojo entworfen. Sinn der Road Map ist es, in vier „Agendapunkten“ grundlegende Probleme in der Beziehung zwischen Papua und der indonesischen Zentralregierung anzusprechen und zu lösen. Die vier vom LIPI-Team identifizierten Punkte sind erstens die Notwendigkeit einer Anerkennung seitens der Zentralregierung, dass es in Papua durchaus noch tiefgreifende, ungelöste Probleme gibt, welche die Beziehungen stark belasten. Zweitens regt die Road Map an, dass das derzeitige Entwicklungsparadigma für Papua überdacht werden sollte. Der dritte Punkt, welcher sich mit dem Vorschlag von Neles Tebay deckt, ist ein Dialogprozess. Viertens hebt die Papua Road Map die Notwendigkeit eines Aussöhnungsprozesses hervor, in dem u.a. die unter der indonesischen Herrschaft in Papua begangenen Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden sollten.

Für Muridan von LIPI ist der Weg in einem gewissen Sinne auch das Ziel: „Die Papua Road Map, der Dialog, das sind gewissermaßen Mittel zum Zweck, es sind vom Ausgang her offene Prozesse. Man kann ja einen Dialog nicht damit anfangen, dass man schon im Vorhinein festlegt, wie das Endresultat aussehen soll.“ Statt die Themen und potentiellen TeilnehmerInnen eines Dialogs schon im Vorfeld und von außerhalb zu bestimmen, sollen diese aus dem Prozess selber herauswachsen.

Als einen ersten Schritt zur Verwirklichung des Dialogprozesses hat das Papua-Friedensnetzwerk (*Jaringan Damai Papua*) um das Team von Neles Tebay und Muridan Widjojo eine Reihe von öffentlichen Anhörungen in den größeren Städten der beiden Provinzen abgehalten, um das Dialogkonzept mit einer breiteren Öffentlichkeit zu diskutieren und damit nebenbei auch neue politische Freiräume in Papua zu schaffen. „Wir waren schon sehr zufrieden mit der Resonanz bisher“, meint Muridan. „Es war auch beeindruckend zu sehen, wie offen bei den Anhörungen politische, soziale und wirtschaftliche Themen angesprochen wurden, die meistens aus Angst vor staatlichen Repressalien nicht diskutiert werden.“ Die Anhörungen waren aber nur der erste Schritt in einem langen Prozess: „Jetzt muss es darum gehen, die geschaffenen Strukturen, wie z.B. das Papua-Friedensnetzwerk, zu stärken und die Diskussionen sowohl zu vertiefen als auch auszuweiten. Wir müssen uns besonders um die Einbeziehung von MigrantInnen in Papua kümmern, sie haben an den

bisherigen Debatten noch nicht richtig teilnehmen können. Und natürlich müssen wir uns auch um die kümmern, die gegen einen Dialog sind.“

Reden ja, Dialog nein? – Die Gegner

Die Gegner eines Dialogprozesses sind, grob gesagt, die Nationalisten an beiden Enden des Spektrums – einerseits Papua-Nationalisten und andererseits die Unterstützer des indonesischen Einheitsstaates, der NKRI (Negara Kesatuan Republik Indonesia). Für die radikaleren Papua-Nationalisten wie zum Beispiel die West Papua National Authority (WPNA) und dem Nationalen Komitee West Papuas (Komite Nasional Papua Barat – KNPB) liegt die Antwort auf die Probleme Papuas nicht so sehr in einem Dialogprozess, sondern in einem Referendum über den politischen Status Papuas. Die Haltung zu einem Dialogprozess ist eher ambivalent, schwankend zwischen Skepsis und einer konditionellen Zustimmung. Die beiden Hauptkonditionen für Gespräche mit der Zentralregierung in Jakarta werden von der offiziellen indonesischen Seite kategorisch abgelehnt, nämlich dass die Gespräche außerhalb Indonesiens und unter ausländischer Mediation abgehalten werden. Auch ein Referendum kommt für die indonesische Regierung nicht in Frage.

„Wir sind natürlich nicht dagegen, dass Probleme diskutiert werden, aber Dialog ist der falsche Begriff“, meint der ehemalige Unabhängigkeitsaktivist Fransalbert Joku, der heute mit seiner IGASSARPRI (*Independent Group Supporting The Special Autonomous Region of Papua Within The Republic of Indonesia*) eher der Zentralregierung in Jakarta nahe steht. „Der Begriff Dialog führt die Menschen in Papua nur in die Irre, die denken sich, aha, der Dialog ist der erste Schritt zum Referendum, und über das Referendum bekommen wir die Unabhängigkeit. Solchen unrealistischen Träumen Vorschub zu leisten ist unverantwortlich. Stattdessen müssen wir die Rahmenbedingungen, die jetzt schon existieren, nutzen.“ Ähnlich dialog-kritisch haben sich andere Pro-Integrationsgruppen wie zum Beispiel die BMP (*Barisan Merah Putih – Rot-weiße Front*) unter Ramses Ohee positioniert. Ihr Einfluss in der papuanischen Zivilgesellschaft gilt aber als eher begrenzt.

Inwiefern die breite Masse der Papuas außerhalb der politisch engagierten Bildungseliten einen Dialog, die Sonderautonomie oder ein Referendum unterstützt, ist schwer abzuschätzen. Bei der Gruppendiskussion der lokalen NGOs in Manokwari blieb man zumindest skeptisch: „Bei den Dialog-Diskussionen machen eh nur die gleichen Leute mit, die auch sonst bei allen politischen Sachen mit dabei sind. Das einfache Volk – in den Dörfern, in den Vororten – die haben ja noch keine Ahnung, worüber da überhaupt diskutiert wird.“ Ähnlich kritisch standen die an der Diskussionsrunde Beteiligten der Rückgabe der Sonderautonomie gegenüber: „DAP und MRP, die machen es sich schon etwas zu

leicht wenn sie jetzt einfach das Otsus-Gesetzespaket zurückgeben,“ denn sie waren ja selbst in den letzten zehn Jahren mit dabei, sie sind daher auch mitverantwortlich für das Misslingen der Sonderautonomie.“ Als Alternative zur ‚hohen‘ Politik, in der die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure sich mit den politischen und bürokratischen Eliten Papuas über eher abstrakte Konzepte streiten, wurde eine im realen Leben und an den konkreten Bedürfnissen der papuanischen Gesellschaft orientierte Lösung gefordert.

Währenddessen, in Jakarta...

Während zumindest in den städtischen Gebieten und innerhalb der politisch aktiveren Schichten Papuas Sonderautonomie, Dialog und Referendum diskutiert werden, hat die Debatte bei dem anvisierten Dialogpartner – „Jakarta“ – kaum angefangen. Wer, wie, wann und ob überhaupt jemand irgendwann mit irgendeinem Mandat seitens der Zentralregierung mit einer möglichen Papua-Delegation einen Dialog führen soll, ist noch komplett offen. Kurzzeitig hatten sich der ehemalige Vizepräsident Jusuf Kalla und der Golkar-Vorsitzende Aburizal Bakrie (damals noch als Koordinierender Minister für Soziales) als Papua-Vermittler ins Spiel gebracht, kamen aber mit ihren Vorstößen nicht weit. Denkbare Lösungsansätze gestalten sich schwierig, da die Situation in Papua selbst grundsätzlich als ein politisches Problem angesehen wird, während sie innerhalb der Schaltzentren der Papua-Politik in Jakarta in der Regel eher als ein technisches Problem verstanden wird, das man einfach mit einer besseren entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Umsetzung der Otsus-Gesetze lösen können müsste, ohne auf politische Themen eingehen zu müssen.

Diese unterschiedlichen Sichtweisen seitens „Papua“

und „Jakarta“ gilt es zu überbrücken, wenn es zu einem echten Dialog kommen soll statt zu zwei bilateralen Monologen. Wie Budi Hernawan, ehemaliger Leiter des katholischen Amtes für Frieden und Gerechtigkeit (*Sekretariat Keadilan dan Perdamaian* – SKP) in Jayapura und heute Forscher an der Australian National University, konstatiert, gibt es in der Hinsicht noch einiges zu tun. „Beide Seiten reden oft aneinander vorbei, es gibt wenig Verständnis für den kulturellen Kontext, in dem die jeweiligen Akteure ihre Aussagen machen. Das führt zu Fehlinterpretationen und dann zu Politikfehlern.“

Eine schnelle Lösung der Papua-Problematik ist nicht in Sicht. Die verschiedenen Aktionen und Initiativen, seien es die Diskussionen um die Road Map und den Dialog, die Massendemonstrationen oder die „Rückgabe“ der Sonderautonomie, sind symptomatisch für die Suche nach neuen politischen Lösungsansätzen wie sie innerhalb der letzten ein bis zwei Jahre in Papua mit neuem Elan hervorgetreten sind. Ein erstes Zeichen, dass diese politischen Diskussionen auch in Jakarta wahrgenommen werden, war die Reaktion von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) auf die Massendemonstrationen und die symbolische Rückgabe der Otsus-Gesetze. SBY ordnete seine zuständigen Minister an, eine Analyse und Evaluierung der Implementation der Otsus in Papua und Westpapua zu erstellen. Bis wann dies geschehen soll und in welchem Umfang, blieb aber im Unklaren. ♦

¹ Der Einfachheit halber wird der Begriff „Papua“ hier, soweit nicht anders angegeben, im Sinne von „Tanah Papua“ quasi dem „Land Papua“, verwendet, der das Gebiet der ehemaligen Provinz Irian Jaya deckt. Aktuell ist das Gebiet in zwei Provinzen aufgeteilt: Papua (mit Jayapura als Hauptstadt) und Westpapua (Hauptstadt: Manokwari). Zur semantischen Verwirrung trägt auch bei, dass oft der Begriff „West Papua“ für das Gebiet der zwei Provinzen gebraucht wird.

² An der Diskussionsrunde nahmen mehrere zivilgesellschaftliche AktivistInnen aus Manokwari und Umgebung teil. Wegen der prekären politischen Lage werden die Zitate hier anonymisiert wiedergegeben.

Papua Road Map und Papua-Jakarta Dialog

Die Papua Road Map Initiative von LIPI basiert auf einem dreijährigen Forschungsprojekt von LIPI, in dem zwischen 2004-2006 Lösungsansätze für den Papua-Konflikt erforscht wurden. Die Road Map basiert auf einer vier Punkte umfassenden „Agenda“: 1) Anerkennung der Probleme in Papua, 2) Bedarf nach einem neuen entwicklungspolitischen Paradigma in Papua, 3) Dialog, und 4) Aussöhnung.

Eine Kurzfassung der Papua Road Map findet sich unter:

http://www.arts.usyd.edu.au/peace_conflict/docs/PAPUA_ROAD_MAP_Short_Eng.pdf

In der Broschüre „Jakarta und Papua im Dialog, Aus papuanischer Sicht“, erschienen 2009 in der Reihe Menschenrechte des Internationalen Katholischen Missionswerk missio, stellt Neles Tebay sein Konzept vor. Es basiert darauf, die Probleme in Papua einerseits durch Dialoge innerhalb der papuanischen Gesellschaft und zweitens zwischen papuanischen Vertretern und der Zentralregierung anzusprechen und einer Lösung herbei zu führen. Als kontroverse Vorbedingung fordert Neles Tebay einen Verzicht auf Unabhängigkeitsforderungen.

Die Broschüre ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar. Kostenlose Exemplare sind gegen Erstattung der Portokosten bei Watch Indonesia! erhältlich.

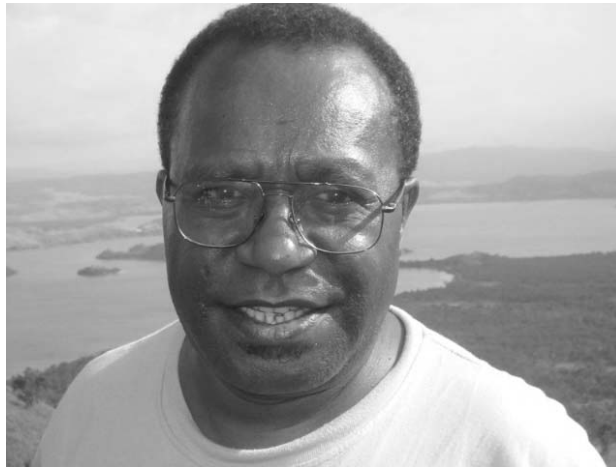
Weiterhin ist von Neles Tebay erschienen: „Gemeinsame Anstrengungen der Religionsgemeinschaften für den Frieden in West-Papua“ missio, Aachen 2006

http://www.missio-aachen.de/Images/MR24%20West%20Papua%20deutsch_tcm14-42249.pdf

Die Papua wollen eine ausgehandelte Lösung

von Neles Tebay *

Am Freitag, den 17. Juni 2010, reichten die Papua das Gesetz 21/2001 zur Sonderautonomie durch das Provinzparlament Papua (DPRP) symbolisch an die Regierung Indonesiens zurück. Diese Handlung sollte als Teil der laufenden Diskussionen zwischen der indonesischen Regierung und den Papua betrachtet werden. Die symbolische Rückgabe des Gesetzes sollte weder als irrational abgewiesen werden, noch sollte sie zu der Schlussfolgerung führen, dass ein Referendum und die Unabhängigkeit die letztgültigen Ziele der Papua seien. Sie ist ein Appell, der ernst genommen werden sollte: Die Papua warten auf einen Dialog, um eine ausgehandelte Lösung hervorzubringen.



Neles Tebay

Foto: Marianne Klute

unterstützt von der Europäischen Union, den USA und den Mitgliedern des Forums der pazifischen Inseln (*Pacific Island Forum*, PIF).

Obwohl viele die Politik der Sonderautonomie, seitdem sie im Jahr 2001 implementiert wurde, als die einzige umsetzbare Lösung begrüßten, war sie nicht das Ergebnis eines aufrichtigen Dialogs zwischen der indonesischen Regierung und den Papua. Tatsächlich, wurde die Lösung der Sonderautonomie 1999 unilateral durch die Beratende Volksversammlung Indonesiens

(MPR) entschieden. Während sich die Regierung unter Druck sah, als Antwort auf die Forderung der Papua nach Unabhängigkeit von Indonesien ein Gesetz zur Autonomie Papuas auszuarbeiten, wurden die Papua von vielen, unter anderem durch die internationale Gemeinschaft, unter Druck gesetzt, die Politik der Sonderautonomie anzunehmen.

Das Fehlen eines gemeinsamen Entscheidungsprozesses zwischen der Regierung und den Papua zur Politik der Sonderautonomie machte selbige zu einer Lösung, die nicht ausgehandelt, sondern aufgezwungen war.

Das ist auch der Grund dafür, warum weder die Regierung noch die Papua ein Gefühl von Ownership bezüglich dieser Autonomiepolitik entwickelten. Dieser offensichtliche Mangel an Ownership ist ein wichtiger Aspekt, um besser zu verstehen, warum die Regierung die Autonomie nie auf beständige und umfassende Art und Weise umgesetzt hat, und warum es den Papua so leicht fällt, das Sonderautonomiegesetz an die Regierung zurückzugeben.

Warum gaben die Papua das Gesetz an die Regierung zurück?

Fehlende Ownership

Das Gesetz Nr. 21 vom Jahr 2001 zur Sonderautonomie für die Provinz Papua wurde von der indonesischen Regierung als die beste und realistischste Lösung für den Konflikt in Papua dargestellt. International war das Gesetz als Win-Win-Lösung anerkannt, die zum einen die territoriale Integrität bewahrt, und zum anderen die Bedürfnisse der Papua sichert und voranbringt. Die Politik der Sonderautonomie wurde seinerzeit stark

Angst, Frustration und Verzweiflung

Die Entscheidung, das Gesetz 21/2001 zurückzugeben, wurde nach einer zweitägigen Auswertung der Implementierung des Gesetzes gefällt, die am 09. und 10. Juni in Jayapura durchgeführt und vom Papua Volksrat (*Majelis Rakyat Papua*, MRP) veranstaltet wurde. Papua aller indigenen Gemeinschaften und politischen Fraktionen nahmen an der Auswertung teil. Gemäß Artikel 78 des Sonderautonomiegesetzes sollte jedes Jahr eine Auswertung der Umsetzung des Gesetzes vorgenommen werden. Da eine solche Evaluierung bislang noch nie durchgeführt wurde, ergriffen die Papua die Initiative, um das Gesetz nach ihren eigenen Untersuchungskriterien zu evaluieren.

Diese Auswertung führte zu der Auffassung, dass die Regierung weder die moralische Verbindlichkeit noch den politischen Willen zeigt, das Gesetz zur Autonomie



Traditionelle Tänze mit der Morgenstern-Flagge

Foto: Pietsau Amafnini

Papuas umzusetzen. Dies zeigte sich anhand der umstrittenen politischen Maßnahmen der Regierung, die von vielen als vorsätzliche Verletzung des Autonomiegesetzes wahrgenommen wurden. Diese Maßnahmen umfassten die [Absicht zur] Errichtung von drei neuen Provinzen in Papua im Jahr 2001, die Veränderung des Autonomiegesetzes zur Schaffung einer legalen Grundlage zur Errichtung der Provinz Westpapua im Jahr 2008 und die Ablehnung des Vorhabens der Papua, die Morgenstern-Flagge als kulturelles Symbol Papuas zu verwenden. Darüber hinaus sorgte die gleichzeitige Anwendung des Sonderautonomiegesetzes und des Gesetzes Nr. 32/2004 über regionale Regierungen für Verwirrung in der lokalen Regierung.

Die Papua haben das Gefühl, dass das Gesetz Nr. 21/2001 nie wirksam umgesetzt wurde. Ihre Bedürfnisse

und grundlegenden Rechte bleiben weitgehend unberücksichtigt. Die Regierung erließ während der letzten neun Jahre weder die notwendigen Verordnungen zur Durchführung des Sonderautonomiegesetzes, noch schuf sie eine Wahrheits- und Versöhnungskommission, sie arbeitete keinen angemessenen politischen Rahmen aus, um den Schutz und die Ermächtigung der indigenen Gemeinschaften Papuas zu gewährleisten, noch ging sie die seit 1963 bis heute begangenen Menschenrechtsverletzungen an. Obwohl die Regierung Milliarden von Rupiah nach Papua fließen ließ, lebt der Großteil der Papua unter der Armutsgrenze. Ohne die staatliche Kontrolle der Migrationsströme von anderen indonesischen Provinzen nach Papua werden sie zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land, ökonomisch marginalisiert und missbilligt.

Was wollen sie anstatt dessen?

In Anbetracht des oben Gesagten, könnte die Rückgabe der Sonderautonomie als Zeichen von Entrüstung und Ärger verstanden werden. Wichtiger ist aber, dass sie ein Ausdruck von Angst, Frustration und Verzweiflung ist. Sie ist ein ernst zu nehmender Aufschrei. Die Papua fühlen weder Schutz noch Ermächtigung durch die Regierung. Sie sind ernsthaft besorgt um ihr heutiges Überleben und um ihre Zukunft in der Republik Indonesien.

Anstatt dessen wollen die Papua vor allen Dingen ernst genommen werden und ihren Kummer anerkannt wissen. Sie wünschen sich eine Lösung, deren Teil sie sein können und an der sie teilhaben können. Eine Lösung, die sie auch als *ihre* Lösung verstehen können. Sie können keine Lösung annehmen, die sie als eine von der Regierung aufgezwungene Lösung empfinden. In ihren Augen gibt es nur einen Weg, eine ausgehandelte Lösung zu schaffen, an der sowohl die Regierung als auch die Papua ernsthaft teilhaben. Dies wäre ein Dialog zwischen der indonesischen Regierung und den Papua. Die Papua fordern einen Dialog, um eine gemeinsam vereinbarte Lösung herbeizuführen. Den Papua ist es Ernst mit ihrer Forderung nach Dialog. Die Erwähnung eines Referendums und der Anerkennung der Souveränität Papuas sollte verstanden werden als Unterstreichung der Notwendigkeit eines Dialogs, da solche Forderungen nur dann an Gewicht gewinnen, wenn die Frustration wächst, zum Beispiel wenn das Gefühl überwiegt, dass das Angebot zum Dialog nicht ernst genommen wird. Es ist also an der Zeit, dass die Regierung Indonesiens und die Papua in einen friedlichen Dialog miteinander treten. ♦

* Übersetzung aus dem Englischen von Samia Dinkelaker

Gedankenfreiheit oder Syphilis?

Die „Front der Verteidiger des Islam“ (FPI) muss sich verteidigen

von Alex Flor

Der Fastenmonat Ramadan steht unmittelbar bevor. Eine Zeit der Besinnung für die Mehrheit der Muslime. Für einige wenige aber auch jedes Jahr wieder Anlass, sich mit gewalttätigen Aktionen für ihre Auslegung der öffentlichen Moral stark zu machen. Die „Front der Verteidiger des Islam“ (FPI) machte regelmäßig durch Razzien gegen Alkoholkonsum, Prostitution und ganz normale nächtliche Vergnügungen auf sich aufmerksam. Doch diesmal könnte es ruhig bleiben in Jakartas Vergnügungsvierteln. Denn nun steht die FPI selbst unter Beschuss.

Wären da nicht die eher zierliche Figur und der spärliche Bartwuchs der meisten Anhänger, dann könnte man die in wallende weiße Gewänder gekleideten, ein Käppi oder ein Palästinensertuch auf dem Kopf tragenden jungen Männer für eine Touristengruppe aus einem fernen arabischen Land halten. Sie rufen „Allahu akbar!“ (*Gott ist groß!*) und nur wenige ihrer führenden Vertreter tauchen regelmäßig im Fernsehen auf und lassen erkennen, dass sie durchaus der indonesischen Sprache mächtig sind.

Die Rede ist von der FPI (*Front Pembela Islam*), der „Front der Verteidiger des Islam“, einer landesweit agierenden Organisation, die sich als Tugendwächter oder islamische Bürgerwehr versteht. Trotz der jahrhundertelangen Tradition des Islam in Indonesien blickt die FPI jedoch nur auf eine

recht kurze Geschichte zurück. Die FPI ist ein Kind der Reformära, deren Wurzeln in der 1998 gebildeten PAM Swakarsa (*Pasukan Pengamanan Masyarakat Swakarsa*) liegen – einer vom Militär ins Leben gerufenen, schätzungsweise 125.000 Mann starken Bürgerwehr, welche damals die erste Sondersitzung der Beratenden

Volkversammlung (MPR) nach dem erzwungenen Rücktritt von Diktator Suharto vor neuerlichen Massenaktionen von Studenten und Regimegegnern schützen sollte. Es kam seinerzeit erstmals nach den Mai-Unruhen zu heftigen Zusammenstößen zwischen den mit Bambusspiessen bewehrten PAM Swakarsa – und letztlich dem Militär – mit Demonstranten. Am Ende gab es Tote und Verletzte. Die Episode

ging als „Tragödie von Semanggi“ in die jüngere indonesische Geschichte ein und wartet – wie so vieles



Die FPI in Aktion

Foto: islamizationwatch

andere mehr – bis heute vergeblich auf eine gründliche gerichtliche und historische Aufarbeitung.

Die PAM Swakarsa verloren bald an Bedeutung. Doch die einzelnen gewaltbereiten Gruppen, aus denen sich diese Bürgerwehr zusammengesetzt hatte, verspürten Aufwind und durften sich spätestens seither einer gewissen Sympathie von Seiten der Sicherheitskräfte sicher sein.

Das alte System hatte abgedankt. Ein Systemwechsel hatte jedoch nicht stattgefunden. Die alte/neue politische Elite suchte ebenso verzweifelt nach einer neuen Identität wie die breite Bevölkerung. Die alten Werte und Normen hatten an Glaubwürdigkeit verloren. Eine Aufbruchstimmung kam jedoch mangels neuer Ideen und Konzepte nicht auf. Während die aus alten Köpfen neu besetzte politische Elite gleichermaßen darum bemüht war, Reformgeist zu versprühen, wie ihre politisch-gesellschaftlichen Besitzstände zu verteidigen, besannen sich Teile der Gesellschaft zunehmend auf alte ethnische oder religiöse Identitäten.

Die neu errungenen demokratischen Freiheiten öffneten der Bildung entsprechender Interessenorganisationen Tür und Tor. Die offensichtliche Unfähigkeit von Polizei und Justiz, dem Recht Geltung zu verschaffen, führte übergangsweise dazu, dass Bürgerinnen und Bürger massenhaft dazu neigten, das Recht selbst in die Hand zu nehmen. Lynchjustiz auf offener Straße war in Jakarta um die Jahrtausendwende keine Seltenheit. Organisationen wie die FPI, die den Bürgern und der Polizei diese Aufgaben abnahmen, dürfen sich bis heute breiter Sympathien sicher sein.

Währenddessen schienen die Sicherheitskräfte hin- und hergerissen zwischen den alten Mustern der Einflussnahme und der Verunsicherung darüber, welche Aktionen sie als demokratische Freiheiten zu dulden, und in welchen Fällen sie beherzt einzugreifen hatten. Folge dieser Entwicklungen waren nicht nur blutige Konflikte auf den Molukken, in Zentralsulawesi, Westkalimantan und etlichen anderen Regionen. Folge war eben auch die indifferente Haltung zu Organisationen wie der FPI. Es verwundert somit nicht, dass sich die Polizei in Jakarta im Oktober 2001 schon mal traute, mit 1.000 Mann das Hauptquartier der FPI zu stürmen und sich dabei eine heftige Straßenschlacht mit deren Anhängern lieferte, während andererseits öffentliche Mutmaßungen über eine Komplizenschaft zwischen Polizei und FPI bis heute nicht abreißen wollen.

Verglichen mit islamistischen Organisationen wie Jamaah Islamiyah oder MMI (*Majelis Mujahidin Indonesia*), die als Terrororganisationen verdächtigt werden, oder den mittlerweile aufgelösten Laskar Jihad (*Truppen des heiligen Krieges*), die sich in den Bürgerkriegen auf den Molukken und in Zentralsulawesi aktiv beteiligten, erscheint die FPI eher harmlos. Vielleicht auch das ein Grund, warum sie bislang recht frei agieren durfte.

Ebenso mangelt es der FPI an einer klaren ideologischen Ausrichtung. Wahhabismus, Salafismus und

dergleichen sind keine Lehren, mit denen FPI identifiziert werden könnte. Dem externen Beobachter drängen sich eher Vergleiche mit Organisationen auf, die sich mitnichten auf die Religion beziehen, etwa mit FBR (*Forum Betawi Rempug*), einer Gang, die sich auf die Interessen der ethnischen „Ureinwohner“ Jakartas bezieht, *Pemuda Pancasila*, einer der Golkar-Partei nahe stehende Jugendgang, die als „Ordnungswächter“ auf Märkten und Busterminals agiert und dort Schutzgelder erpresst, und zahlreichen anderen, z.T. namenlosen, *Preman*-Gruppen (*Preman = Free Man; aus dem Holländischen stammender Ausdruck für Schutzgelderpresser u.ä.*)

Gegen alles „Unislamische“: Schwule, Lesben, Kirchen, Kommunisten...

FPI machte sich einen Namen durch so unterschiedliche Aktionen wie Razzien gegen Bars, Bordelle und Karaokeclubs während des Fastenmonats Ramadan, Überfälle auf Seminare von als links verdächtigten Nichtregierungsorganisationen, Drohungen gegen die Herausgabe und Verbreitung der indonesischen Ausgabe des Magazins *Playboy*, der Drangsalierung der islamischen Ahmadiyah-Sekte, der gewaltsamen Auflösung von Veranstaltungen von Schwulen, Lesben und Transsexuellen, zahlreiche Aktionen gegen Kirchen und natürlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit durch Demonstrationen gegen die USA und Israel.

Ende März verhinderte FPI den bereits polizeilich genehmigten Vierten Kongress der Asiatischen Regionalkonferenz der *International Lesbian and Gay Association* (ILGA) in Surabaya. Anstatt gegen das illegale Drohgebaren von FPI vorzugehen, fügten sich nicht nur die Behörden in Surabaya dem Druck. Auch aus dem vergleichsweise liberalen Yogyakarta war zu vernehmen, dass die Stadt keinesfalls als Ausweichquartier für den Kongress zur Verfügung stehe. Alleine einigen Abgeordneten der derzeitigen Regierungspartei PD (*Partai Demokrat*) gebührt die Anerkennung, zu diesem Vorfall beherzt Stellung genommen zu haben: „Es ist ein grundlegendes Menschenrecht eines jeden Bürgers, einen Kongress abzuhalten. Schwule und Lesben sind Bürger, deren [...] Rechte von der Verfassung garantiert und geschützt sind,“ sagte Benny Kabur Harman, Mitglied des Ausschusses für Recht und Menschenrechte im Parlament.

Anfang Mai wurde breit über einen gewaltsamen Angriff von FPI auf ein Menschenrechtstraining zur Verteidigung von Transsexuellen in Depok berichtet, das von der Nationalen Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*) und dem *Indonesian Transgender Communication Forum* (FKWI) gemeinsam veranstaltet wurde. Die Polizei war vor Ort, konnte den Angriff aber nicht verhindern. Sie beabsichtigte jedoch hart gegen die Täter vorzugehen. Alleine: „Wir hatten geplant, heute verschiedene Zeugen zu vernehmen, aber es ist

keiner gekommen,“ erklärte der Chef der Ermittlungsabteilung der Polizei in Depok, Ade Rahmat Idnal. (Jakarta Post, 4.5.10)

Ebenfalls im Mai dieses Jahres musste Oktobriyan, ein Journalist, ins Krankenhaus eingeliefert werden, nachdem ihn ein Mitglied der FPI mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen hatte. Oktobriyan beobachtete einen Übergriff der FPI auf einen Kiosk in der Nachbarschaft des FPI-Hauptquartiers in Petamburan, einem zentralen Stadtteil von Jakarta. Er machte Fotos, welche die Schläge dokumentieren sollten, die FPI-Anhänger gegen den Kioskbesitzer und zwei Anwohner austeilten. Letztlich musste die FPI enttäuscht feststellen, dass der Kiosk gar keine alkoholischen Getränke verkaufte. Der Mob zog weiter zum nächsten Geschäft. (The Jakarta Globe, 27.5.10)



Im Februar erzwang FPI die Schließung der Galilea Kirche in Bekasi, einem Vorort von Jakarta. Der Kirche wurde vorgeworfen, Anwohner zum Christentum bekehren zu wollen. Die Polizei sah dem Treiben tatenlos zu. Zahlreiche weitere Aktionen gegen Kirchen oder Kirchenneubauten, namentlich in Bekasi, Tangerang, Depok und Bogor – allesamt im Speckgürtel von Jakarta gelegen – gehen direkt oder indirekt auf Aktivitäten von FPI zurück. Indizien legen nahe, dass es beispielsweise in Depok ein zwischen FPI und der lokalen Regierung abgestimmtes Vorgehen gegeben hat. Der Bürgermeister von Depok, Mitglied der islamischen Partei für Gerechtigkeit und Wohlfahrt (PKS), widerrief entgegen eines höher-gerichtlichen Urteils die Genehmigung zur Errichtung einer Kirche.

„Als diese Angriffe [gegen Kirchen] 2007 häufiger wurden, gingen wir davon aus, dass dies auf die PKS zurückzuführen sei,“ meint Ismail Hasani, ein Wissenschaftler der Nichtregierungsorganisation *Setara* in Jakarta, die sich der Freiheit des Glaubens verschrieben hat. „Aber dann untersuchten wir die Sache tiefer und fanden heraus, dass es etwas anderes ist. Kennen Sie die Theorie über Leute aus der Provinz, die die Städte einnehmen?“

Setara weist darauf hin, dass es im vergangenen Jahr

mindestens 291 Fälle von religionsbedingten Übergriffen in 12 Provinzen gegeben hat. Die meisten davon (57) ereigneten sich in Westjava, vor allem in den im Speckgürtel Jakartas gelegenen Städten Bogor und Bekasi, gefolgt von Jakarta selbst mit 38 Fällen.

Christenverfolgung?

Die Angriffe auf Kirchen und die Behinderung von Christen in der Ausübung ihres Glaubens sind Fakt und somit durchaus Ernst zu nehmen. Die Aktivitäten zahlenmäßig kleiner Gruppen dürfen jedoch nicht mit der Politik des Staates oder dessen Regierung gleich gesetzt werden. Eine staatlich sanktionierte Christenverfolgung, die einige interessierte Kreise aus den Vorfällen der letzten Jahre glauben herauslesen zu können, findet nicht statt!

Zielführender wären möglicherweise Vergleiche zwischen den Verhältnissen Säkularismus/Laizismus (Kemalismus) vs. Religion in der Türkei mit dem Diskurs um Pancasila vs. Islam in Indonesien. Möge es in beiden Staaten gelingen einen dritten Weg zwischen Militärherrschaft und religiösem Fanatismus zu finden!

Wie die Analysen von *Setara* nahe legen, handelt es sich bei den scheinbar religiösen Konflikten in Indonesien, die von Gruppen wie FPI gerne geschürt werden, in erster Linie um das klassische Problem der Vorstädte, *Suburbs*, *Banlieus*, wie wir sie ebenso aus europäischen und amerikanischen Großstädten kennen. Dem Staat bzw. seiner Regierung darf hier keine Komplizenschaft vorgeworfen werden. Die verantwortlichen Stellen in Indonesien (und anderen Staaten mit sog. Vorstadtproblemen...) sind vielmehr mit Fragen wie diesen zu konfrontieren:

- ▶ sind die Bemühungen um Rechtssicherheit bereits ausreichend?
- ▶ sind die Bemühungen um soziale Sicherheit und Gerechtigkeit bereits ausreichend?
- ▶ sind die Bemühungen um eine angemessene Bildung für alle Staatsbürger bereits ausreichend?
- ▶ wissen die verschiedenen anerkannten Religionsgemeinschaften eigentlich genug voneinander, um sich jenseits der staatlichen Anerkennung auch gegenseitig verstehen und anerkennen zu können?
- ▶ führt das Selbstverständnis der Republik als demokratischer Staat auch dazu, den Bürgerinnen und Bürgern ein wirkliches Verständnis von Demokratie zu vermitteln?

Fokus Ahmadiyah...

Bei aller kulturellen Verbundenheit zum Christentum und der Anerkennung von religiös motivierten Angriffen auf christliche Kirchen darf nicht verkannt werden, dass das Hauptaugenmerk islamischer Fanatiker in In-

donesien in den letzten Monaten in erster Linie auf die Ahmadiyah gerichtet war – eine islamische Sekte, welche entgegen der gültigen Lehre nach dem Propheten Mohammed einen weiteren Propheten anerkennt.

Die Existenz und der Glaube der Ahmadiyah sind seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts – mithin viele Jahre vor Ausrufung der Unabhängigkeit – bekannt. Doch erst kürzlich erhoben islamische Organisationen wie Hizbut Tahrir Indonesia (HTI) und FPI die Existenz der Ahmadiyah zum Konfliktthema (s. SUARA Nr. 2/2008). Die Verfolgung der Ahmadiyah darf sicher als Anlass gesehen werden, der einige Menschenrechtsorganisationen dazu bewegte, eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof (*Mahkamah Konstitusi*) anzufiletieren. Das Gericht wurde aufgefordert die Verfassungsmäßigkeit des Blasphemie-Gesetzes von 1965 zu überprüfen, welches nach Ansicht der Kläger in Widerspruch zur grundgesetzlich verankerten Glaubensfreiheit steht. Auch der bekannte Publizist Syafii Ma'arif, ehemaliger Vorsitzender der islamischen Massenorganisation Muhammadiyah, und der Ende letzten Jahres verstorbene Ex-Präsident Abdurrahman Wahid (*Gus Dur*), der lange Jahre den Vorsitz der noch größeren Nahdlatul Ulama (NU) inne hatte, unterstützten die Klage.

Das Blasphemie-Gesetz erlaubt es der Regierung, religiöse Vereinigungen aufzulösen sowie deren Führer und Mitglieder zu bestrafen, deren Glauben und Praktiken von Autoritäten wie dem Rat der muslimischen Gelehrten (*Majelis Ulama Indonesia, MUI*) oder dem Religionsministerium als Blasphemie eingestuft werden. In Artikel 1 des Gesetzes heißt es, es sei rechtswidrig, „absichtlich eine andere Auslegung einer in Indonesien praktizierten Religion [...] zu veröffentlichen, zu empfehlen oder öffentliche Unterstützung dafür zu organisieren“. Dasselbe gilt für die von der Norm abweichende Praktizierung einer Religion.

Blasphemie bedeutet im indonesischen Rechtsverständnis also nicht (nur) Gotteslästerung. Viel mehr kann jede Abweichung von der derzeit geltenden Auslegung einer Religion als Blasphemie ausgelegt – und bestraft werden! Die Reform eines bestimmten Religionsverständnisses, wie sie in anderen Kulturkreisen beständig stattfindet, ist in Indonesien also per (staatlichem!) Gesetz verboten. Das gilt streng genommen auch für das islamische Gebot des *Ijtihad*, welches im Verständnis moderner Muslime auszulegen ist als „eine undogmatische, vernunftgeleitete Denkweise, die es jedem Muslim erlaubt, seine religiöse Praxis im Lichte zeitgenössischer Umstände auf den neuesten Stand zu bringen“. (Wikipedia, Stand: 26.7.2010)

Der aus Deutschland stammende Jesuitenpater und Professor Franz Magnis-Suseno war im Prozess als Sachverständiger geladen: „Ich habe vor allem den ersten Artikel des Gesetzes kritisiert. Erstens wird Blasphemie dort als 'abweichende Lehre' bezeichnet. Das ist eine falsche Definition von Blasphemie. Blasphemie ist

das Schmähen einer Religion, das kann man unter Strafe stellen, aber doch nicht das Abweichen von einer Mehrheitsmeinung.

Zweitens: Der Staat hat nicht das Recht, festzulegen, welche Lehre 'die richtige Lehre' ist und welche davon abweicht. Der Staat kann doch nicht sagen, Katholiken haben Recht und die Zeugen Jehovas nicht, nur weil erstere viel mehr Anhänger haben. Religionsfreiheit muss schließlich auch für Minderheiten gelten.“ (Qantara.de, 27.5.10)

Seit Februar demonstrierten FPI und Hizbut Tahrir regelmäßig vor dem Verfassungsgericht. Doch es blieb nicht bei friedlichen Demos. Bei einer Verhandlung am 24. März griffen FPI-Anhänger Klägervertreter, Anwälte und Sachverständige beim Mittagessen in der Gerichtskantine verbal und physisch an. Nur durch das schnelle und beherzte Eingreifen von Gerichtsdienern konnte eine Eskalation verhindert werden.

Dennoch haben diese „überzeugenden Argumente“ von FPI und Hizbut Tahrir offenbar gewirkt. Mit nur einer Gegenstimme urteilte das Gericht, das Blasphemie-Gesetz sei verfassungskonform. Ein Kniefall vor dem Terror der Straße, wie nicht nur Menschenrechtsorganisationen kommentierten: „Gericht befindet Gesetz für notwendig, um die Gesellschaft zu steuern. Aufhebung könnte zur Anarchie führen,“ titelte Singapurs führende Tageszeitung einen Tag nach dem Urteil. (Court says law needed to regulate society, revoking it could lead to anarchy; Straits Times, 20.4.10)

... und Antikommunismus

Es gelang der FPI über viele Jahre hinweg, sich mit Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, deren breiter Zustimmung im Volk sie sich sicher sein durfte. FPI packte die Rechtlosigkeit durch konkretes Handeln an, anstatt sich in Sonntags-(Freitags-?)reden zu ergehen. FPI kaufte der Polizei den Schneid ab, indem sie zur Tat schritt. Diese Selbstjustiz wurde zwar nicht immer goutiert, aber die Polizei fand sich in der Defensive. Polizei und Militär mussten sogar dulden, dass die FPI teilweise gegen deren Geschäftsinteressen handelte: es ist ein offenes Geheimnis, dass die Sicherheitskräfte wesentliche Teile des Prostitutions- und Glücksspielgewerbes kontrollieren.

Die FPI fügte auch dem Ansehen des Islam weltweit großen Schaden zu. Die gemäßigten Äußerungen von Vertretern der islamischen Massenorganisationen Muhammadiyah und Nahdlatul Ulama, die über eine zig-Millionen starke Anhängerschaft verfügen, verblassten regelmäßig angesichts der weltweit im Fernsehen ausgestrahlten Bilder von ein paar Hundert bis ein paar Tausend fanatisierter FPI-Anhänger, die in Jakarta am liebsten vor der amerikanischen Botschaft, demonstrierten.

Zweimal wurde der Anführer der FPI, Habib Rizieq, zu Gefängnisstrafen verurteilt: 2003 zu sieben Monaten,

und erneut zu 18 Monaten nach den gewaltsamen Aktionen gegen Befürworter der Religionsfreiheit vom 1. Juni 2008 (s. SUARA Nr. 2/2008). Doch im Großen und Ganzen hüllten sich die führenden Vertreter des Staates, der Parteien, der Polizei und des Islam in Schweigen. Es schien so, als seien sich alle bewusst, dass klare Äußerungen gegen die FPI im Zweifelsfall mehr Schaden als Nutzen bringen würden.

Wenngleich viele Themen und Aktionen der FPI somit nur geduldet waren, so durfte sich die Organisation doch zumindest auf einem Felde scheinbar völlig sicher fühlen: dem Feld des Antikommunismus. Welche halbwegs bedeutende staatliche, politische oder gesellschaftliche Kraft wäre nicht zutiefst geprägt von der antikommunistischen Dauerbeschallung des Systems der *Neuen Ordnung*, welches von 1966 bis 1998 herrschte?

So stürmte die FPI am 24. Juni eine Versammlung im ostjavanischen Banyuwangi. Drei Parlamentarierinnen der größten Oppositionspartei PDI-P (*Partai Demokrasi Indonesia – Perjuangan*), Ribka Tjiptaning, Rieke Diah Pitaloka and Nursuhud sollten dort über Gesundheitspolitik sprechen. Wohl aufgrund des 2002 erschienenen Buches von Ribka Tjiptaning „Ich bin stolz, ein Kind der PKI zu sein“ (*Aku bangga jadi anak PKI*) interpretierte FPI die Versammlung als eine Maßnahme zur Wiederbelebung der seit Beginn der *Neuen Ordnung* verbotenen Kommunistischen Partei Indonesiens (*Partai Komunis Indonesia; PKI*).

Der Verhinderung eines Austritts von Mitgliedern des Parlaments folgten Stürme des Protests. Sprecher des Parlaments und der Parteien verurteilten den Vorfall auf das Schärfste. Es wurde eine Diskussion darüber entfacht, die an den Umgang mit Neonazi-Organisationen in Europa erinnert und teilweise sogar konkret darauf Bezug nimmt: Soll man/kann man die FPI verbieten? Würde das der Sache nützen oder diese vergleichsweise leicht zu beobachtende Organisation nur zersplittern und in den Untergrund abdrängen? Und welche Möglichkeiten hat der Rechtsstaat, die Existenz einer extremistischen Organisation zu dulden, aber gleichzeitig deren Aktionsradius einzuschränken und ungesetzliche Übergriffe zu unterbinden?

Sollte ausgerechnet das scheinbar „sichere“ Thema

Antikommunismus der FPI zum Sargnagel gedeihen? Und sollte dies womöglich gar den Weg bereiten zu einer Neubetrachtung der jüngeren Geschichte, einschließlich der bislang einseitigen Verdammung all dessen, was auch nur entfernt nach Kommunismus zu riechen scheint?

SEPILIS

Es ist ein wenig Bewegung ins Spiel geraten. Doch vorschnelle Hoffnungen auf grundlegende Veränderungen gingen an den Realitäten Indonesiens vorbei. Schnell geht hier nichts, und Grundsätzliches schon gar nicht. Es braucht eines langen Atems.

Zunächst mal sind nun Gegenangriffe abzuwehren. Das Forum der islamischen Gemeinschaften (*Forum Umaat Islam, FUI*), eine Dachorganisation verschiedener Hardliner-Organisationen, darunter die FPI, wertete die neuerliche Kritik als „Konspiration von Kommunisten und Drogendealern“. Unter Anspielung auf die Geschlechtskrankheit Syphilis (*sephilis*) bezeichnete Muhammad Al Khathath, Sprecher des Forums, die Kritik als „Konspiration zwischen Säkularisten, Pluralisten und Liberalisten (*SEkularis, Pluralis dan Liberalis – SEPILIS*). (Reuters, 30.6.10)

Längerfristig bedarf es mehr als der Diskussion um ein Verbot der FPI. Anstatt die Macht des Staates unter Beweis zu stellen, wäre es notwendiger, geeignete Maßnahmen zu treffen, um illegale Aktionen der FPI zu unterbinden und ihr vor allem die ideologischen Grundlagen zu entziehen. Das wird nicht einfach. Denn wer bekennt sich schon gerne zugunsten der Freiheitsrechte zu Alkohol, Prostitution, schwulem und lesbischem Sex oder gar zur PKI?

Für den bevorstehenden Fastenmonat Ramadan dürfte das Damoklesschwert des

Organisationsverbotes jedoch seine Wirkung zeigen. Anstatt wie in den Vorjahren Razzien durchzuführen, wird sich die FPI dieses Jahr wohl eher mucksmäuschenstill verhalten und abwarten, bis wieder Gras über die Sache gewachsen ist. Denn eine illegale Aktion zum jetzigen Zeitpunkt könnte den Anlass liefern, endlich mal durchzugreifen. Das weiß auch die FPI. ♦



Martialisches Auftreten

Foto: Tom Cross

Wählen gehen oder nicht?

Die indonesischen Streitkräfte drängen zurück in die politische Arena

von Ingo Wandelt

Das Statement war eindeutig und in seiner Intention klar erkennbar. Mitte Juni verkündete der oberste Militär Indonesiens, General Djoko Santoso, seine Streitkräfte prüften die Möglichkeit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Beantwortung der Frage, ob bei den nächsten allgemeinen Wahlen in 2014 die Mitglieder der Streitkräfte (TNI) wieder das unumschränkte Wahlrecht besitzen sollten oder nicht. So verquer die Argumentationskette und so nebulös die Absicht auch waren, Indonesiens politische Elite erkannte deutlich die Intention dieser Botschaft: 2014 will die TNI zurück in die politische Arena und beabsichtigt nicht dafür irgendjemanden um Erlaubnis zu fragen.

Die Thematik ist heikel. Unter der Neuen Ordnung Suhartos besaßen parlamentarische Vertreter der Streitkräfte festgelegte und von Wahlen unabhängige Kontingente an Sitzen in den staatlichen und regionalen Parlamenten. Im Gegenzug, so die damalige Argumentation, verblieben die Streitkräfte politisch neutral und mischten sich nicht in die „praktische Politik“ der Zivilisten ein. Die Realität sah anders aus. Über ihren Territorialapparat, Geheimdienste und ihrem Auftrag nach sozio-politischer Führung der Bevölkerung (*Sospol*) und der Doppelfunktion (*dwifungsi*) bestimmten die Uniformträger die politischen Leitlinien auf Art des javanischen Führungsprinzips *tut wuri handayani* (von hinten, d.h. unsichtbar führen). Bei den ersten demokratischen Wahlen 1999 begnügten sich die Streitkräfte mit einem reduzierten Festanteil an Sitzen, und 2004 verließen sie die Parlamente vollständig. Zudem verzichteten sie über interne Regelungen auf ihr staatsbürgerliches Recht auf aktive und passive Wahlteilnahme, um, so ihre Argumentation, die eigenen Reihen nicht zu politisieren und strikte Neutralität zu üben. Aus alten Fehlern habe man gelernt. Dieselbe Haltung nahmen sie auch 2009 ein. Es war absehbar, dass die unentschiedene politische Stellung der Streitkräfteangehörigen einmal einer parlamentarischen Regelung bedürfen werde. Womit die TNI nun eigeninitiativ begann.

Allgemeine Überraschung

Santosos Versuchsball zeigte Wirkung. Alle Parlamentarier zeigten sich überrascht: die Beratungen für das Wahlgesetz für 2014 stünden noch lange nicht an, und ein öffentlicher Diskurs habe überhaupt noch nicht begonnen. Warum jetzt? Zum Monatsende zeigte sich die



Ingo Wandelt

Foto: Alex Flor

überwiegende Mehrheit der von der Presse befragten Politiker und Beobachter mit dem Vorstoß Santosos einverstanden. Vielleicht mit der Hoffnung, dass nun erst einmal Gras über die Sache wachse. Nur die PDI-P (*Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan; derzeit Oppositionspartei und zweitstärkste Fraktion im Parlament, red.*) steht skeptisch abseits. Wie dem auch sei, Santosos Duftmarke ist gesetzt und es liegt in den Händen des Militärs, zu welchen Resultaten die Machbarkeitsstudie führen wird. Wenn es sie denn überhaupt geben wird. Bereits heute hat die TNI die Dynamik des Handelns in der Sache an sich gerissen.

Bemerkenswert ist die offene Zustimmung des Präsidenten Yudhoyono bereits zwei Tage nach Santosos Ankündigung. Eigentlich hätte dieser in einer solch entscheidenden Frage der zivil-militärischen Beziehungen sich zuerst an den Oberbefehlshaber der TNI, Yudhoyo-

no, wenden müssen und von dort pflichtschuldig Zustimmung oder Ablehnung erwarten müssen. Er tat es nicht, und der Präsident knickte ein. Woran dieser selber nicht unschuldig ist. Yudhoyono steht in der Pflicht in seiner zweiten Amtszeit dem finanziell darbenenden Militär nach fünf Jahren der Vernachlässigung wesentlich erhöhte Finanzmittel für Rüstung und die Truppenversorgung zuzubilligen. Womit es nicht zum Besten steht. Die ehrgeizig formulierten Ziele des 100-Tage-Sofortprogramms zur Modernisierung des Militär- und Rüstungssektors haben sich schon heute als unrealistisch erwiesen. Die Generalität kann nicht sicher sein, ob der Präsident ihnen mehr Mittel gewähren kann und will. Die Korruptionsskandale um die nationale Polizei haben anschaulich belegt, wie viel mehr diese aus irregulären Korruptionsquellen zehren kann als ihre uniformierten Kameraden von der TNI. Ein jeder Polizeigeneral weist erheblich höhere reale Einkünfte aus als einer der TNI. Der Unmut in der Generalität und der Truppe darf als hoch eingeschätzt werden, und was ist besser als strategisches Drohmittel geeignet, als dem Präsidenten und dem Parlament den Knüppel des politischen Mitspracherechts zu zeigen?

Ein zweiseitiges Schwert

Unbestreitbar verlangt die Ungleichbehandlung der militärischen Bürger Indonesiens beim Wahlrecht nach einer gesetzlichen Regelung. Worüber seit 2004 gesamtgesellschaftlicher Konsens herrscht. Beobachter fragen nach der erfolgten politischen Reife der Truppe sich demokratischen Verfahren aktiv und passiv zu stellen, nach dem möglichen politischen Willensbildungsprozess in den Kasernen und möglichen Missbrauchs des Militärs durch finanzkräftige und interessierte Kreise.

Über die gesamte Bevölkerungszahl von geschätzt 230 Millionen Einwohnern betrachtet (die Zahl der Wahlberechtigten ist mir nicht geläufig), stellen die circa eine Million Angehöriger aller Waffengattungen, zuzüglich ihrer Ehefrauen und Kinder und Anverwandten, die sich üblicherweise an der Wahlorientierungen ihrer nicht wählenden Familienvorstände orientieren, keinen großen Stimmenanteil dar. Entscheidender sind da schon die strukturellen Einbindungen der nominell zivilen Organisationen der „Großen Familie der Streitkräfte“ wie die der Generäle im Ruhestand (mit ihrem Austritt aus der TNI nominell Zivilisten und uneingeschränkt wahlberechtigt), der Ehefrauen der Offiziere und Truppen, der Kinder (Söhne und Töchter der TNI) und anderer historisch-ideologisch angebundener Vereinigungen. Sie fungieren politisch indirekter und haben über die letzten Jahre erhebliche Einbußen an Macht und Autorität erfahren. Sie verfügen aber schon über ein Wahlrecht.

Stimmenmäßig wahlentscheidender ist die TNI auf der regionalen (Provinzen) und kommunalen Ebene.

Die strenge Disziplin der Soldaten lässt realistischere erwarten, dass eine künftig wahlberechtigte Truppe die Partei und den Kandidaten wählen wird, den ihr Kommandeur für sie bestimmt hat. Die Demokratie hat das Leben in den Kasernen noch lange nicht erreicht. Das Militär ist immer noch demokratiefremd und keineswegs Staatsbürger in Uniform. Ein Infanteriebataillon in einem Kreis und einer Gemeinde bringt mit regulär 650 bis maximal 1.000 Mann an Truppen, zuzüglich Ehefrauen und wahlberechtigten Kindern und anderem Kasernenpersonal leicht an die dreitausend Blockstimmen, die auf der politischen Bühne ein Kapital darstellen. Dazu kommt der operative Nachrichtendienst und andere Einflussmöglichkeiten, die eine solche, eine jede Kaserne zu einem attraktiven Objekt wahlpolitischer Interessen werden lässt. Vergessen wir nicht, dass viele Kasernen selbst Wahllokale für die sie umgebende Region aufnehmen und einfach Kontrolle ausüben können.

Indonesische Kasernen sind nun andererseits keine dem sozialen Umfeld abgeschlossene Gebilde. Ein interessierter Zivilist gelangt recht einfach hinein, und nicht immer wird *Pak Komandan* von seinen Soldaten für alles und jedes um Erlaubnis nachgesucht. Es ist diese Realität, die die Generalität begründeten Abstand zur Bühne der schmutzigen *politik praktis* (Alltagspolitik) hat suchen lassen. Können sie doch niemals sicher sein, dass die Parteien sich mit ihren Geldmitteln nicht die Truppe Stück für Stück anmieten und die TNI zur politischen Verfügungsmasse degradieren, jenseits der Kommandokontrolle der militärischen Führung. Zumindest zeitweilig für die Wahlzeiten. Ein der TNI zugesprochenes passives Wahlrecht – über ein aktives ist noch kein Wort verloren worden – muss dieser Bedrohung der militärischen Disziplin entgegenwirken. Insofern macht eine Machbarkeitsstudie guten Sinn. Es gibt theoretisch die Möglichkeit, die TNI-Angehörigen binnen dreier Jahre politisch zu unabhängigen Wahlbürgern auszubilden. Das ist eine theoretische Möglichkeit, an die niemand wirklich glaubt. Womit die andere und einzige Alternative bleibt, dass die TNI rechtzeitig vor dem Wahlkampf geheime Bündnisse mit bestimmten Parteien und politischen Führern knüpft, welche die Kasernen parteipolitisch immun und tabu für den nicht autorisierten Wahleinfluss halten können - was in der indonesischen Realität niemals unter der Decke zu halten sein wird und dem nächsten Wahlkampf einen weiteren Stempel der Korruptierbarkeit aufdrücken wird. Das Wahlrecht für die Militärangehörigen ist eine mehrdimensional angelegte heikle Angelegenheit mit enormem Einwirkungspotential auf die junge Ordnung der demokratischen Willensbildung. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu 2014 kommen wird, schätze ich für sehr hoch ein. Für die politischen Akteure werden die erhofften Vorteile die demokratischen Zweifel überwiegen. ♦

Es wird wieder Geschichte geschrieben

Interview mit Bonnie Triyana von dem Magazin Historia

Das neue online-Magazin Historia will Geschichte für jüngere Generationen des Landes wieder attraktiv machen. Boryano Rickum sprach mit Chefredakteur Bonnie Triyana über die Zeitschrift und den Stand der heutigen Geschichtsschreibung in Indonesien.

Watch Indonesia!: Wie ist die Idee zustande gekommen, dieses Online-Magazin zu machen?

Bonnie Triyana: Die Idee zu diesem Magazin war zu Beginn nicht als Online-, sondern als Printpublikation gedacht. Die Geschichte begann im Jahr 2004 als ich eingeladen wurde an einem internationalen Workshop in Salvador, in Brasilien teilzunehmen. Damals kaufte ich ein Geschichtsmagazin, die Istorica. Dieses Magazin war sehr interessant, weil das Design gut war und voll mit Infografiken sowie Illustrationen von historischen Ereignissen. Der Inhalt von Istorica war nicht allzu schwer, nur leichte Artikel mit einer Wortanzahl von ich denke nicht mehr als tausend Wörter pro Artikel.

Neben der Istorica habe ich mir das BBC History Magazine angeschaut, das auch über Geschichtsthemen berichtet in einer populären Art, sodass gewöhnliche Leser sie genießen können. Mit dieser Erfahrung brachte ich die genannte Idee zu meinen Freunden in Semarang – damals war ich noch in Semarang und leitete eine Organisation zum Geschichtsbewusstsein namens *Masyarakat Indonesia Sadar Sejarah* (Geschichtsbewusste indonesische Gesellschaft; Mesiass). Die Idee entwickelte sich weiter. Wir waren der Meinung, dass Indonesien ein Land mit Geschichte ist. Aber die Geschichte wurde oft von den Machthabern als Instrument verwendet, um ihre Macht zu legitimieren, wie es zum Beispiel von der ‚Neuen Ordnung‘ (*Orde Baru*) unter Suharto getan



Die Vergangenheit ist immer aktuell

www.majalah-historia.com

wurde. Darüber hinaus, wollten wir, dass die indonesische Gesellschaft, insbesondere die junge Generation, von der Geschichte ihres eigenen Volkes erfährt. Und wir hofften, dass die Gesellschaft erfährt, dass Geschichte keine bloße Sache von Machtkämpfen oder Kriegen ist, sondern auch darüber, wie die gewöhnlichen Menschen (das einfache Volk) um das Leben unter den heftigen politischen Erschütterungen gekämpft hat. Wir hörten da nicht auf. Wir erkundeten weiter die Idee Geschichte holistisch zu schreiben, die das Leben der Menschen beinhaltet, wie die Geschichte der Mode, des Essens und ähnliche Dinge mehr. Warum wollten wir dies mit Politik vermischen? Weil wir denken, Geschichte muss umfassend sein, sie darf nicht geteilt oder halbiert werden. Wir möchten anregende und buntgemischte historische Artikel, erhellend und zugleich unterhaltend.

Die Idee musste realisiert werden. Aber es ist nicht einfach einen Investor zu finden, der bereit ist ein Medium in Indonesien zu finanzieren, umso mehr eines, das Geschichte hervorhebt, die von allen als ‚eher unwichtig‘ betrachtet wird. Letztlich verschoben wir die Idee einer Zeitschriftenveröffentlichung und arbeiteten zwischenzeitlich in anderen Massenmedienunternehmen, um Erfahrungen zu sammeln.

Gegen Ende 2008, nachdem ich fünf Jahre quer und quer bei einigen Massenmedien gearbeitet habe, entschied ich den Kampf zum Aufbau des Magazins *Historia* fortzuführen. Ich kontaktierte einige Freunde, die diese Idee mitmachen wollten. Vorbereitungen wurden getroffen. Wir trafen potentielle Investoren, jedoch wie gewöhnlich war es schwer diese Finanziere zu überzeugen, dass das Magazin *Historia* wichtig ist und, wenn ernsthaft betrieben, sich natürlich aus den Einkünften der Verkäufe und Werbung finanziell selbst tragen könnte. Vielleicht war das Geschäft mit einer Zeitschrift für Geschichte für sie nicht wichtig und nicht profitabel. Was kann ich sagen, wir mussten auch das hinnehmen und uns weiter um die Realisierung dieser Idee bemühen.

Anfang 2010 fanden wir einen Weg. Wir hatten freilich nicht viel Kapital. Was wir besaßen waren nur Kampfgeist und Sozialkapital: ein breites Netzwerk aus Freundschaften. Durch diese guten Freundschaften begannen wir das Vorhaben des Magazins *Historia* umzusetzen. Wir arbeiteten an einem sehr einfachen Ort mit privater Ausrüstung und führten dieses Vorhaben mit einem äußerst geringem Kapital durch. Deswegen sind wir nicht in der Lage die Zeitschrift *Historia* zu drucken. Der Preis für Papier ist zu teuer. Wir hatten nicht viel Geld. Wir entschieden uns also online zu publizieren, mit der Überlegung, dass Onlinemedien in der heutigen Zeit einen sehr wichtigen Platz einnehmen, der sich auszuzahlen beginnt.

Historia Online erschien am 10. April 2010 und innerhalb von zwei Tagen erreichten wir 147.000 Zugriffe. Wir waren überrascht, dass das Verlangen der Leser so hoch war. Die Seite *Historia* brach sogar zusammen,

weil wir niemals eine so hohe Reaktion erwartet hatten. Seit diesem Tag haben wir begonnen *Historia Online* mit allem, was wir haben, umzusetzen: Energie, Zeit und Überlegung.

Was ist das für ein Team hinter dem Magazin?

B: Ein großer Teil der Redaktion besitzt einen geschichtswissenschaftlichen Hintergrund. Es gibt auch jemand, der noch Philosophie an einer namhaften Universität in Jakarta studiert und ein Bildredakteur ist Absolvent einer namhaften Technischen Hochschule in Bandung. Wir arbeiten auf der Basis der Expertisen, die wir haben. Ich bin zum Beispiel verantwortlich für indonesische Gegenwartsgeschichte. Budi Setiyono, Chef vom Dienst, Absolvent der Geschichte an der Universität Diponegoro, ein erfahrener Journalist und Herausgeber, ist verantwortlich für den Newsroom und koordiniert die Reportagen und Nachforschungen.

Wen möchtet ihr mit dem Magazin besonders erreichen?

Unser erstes Ziel sind Jugendliche, Oberschüler der SMA (höhere Schule) und Studierende. Aber dieses Zielpublikum ist nicht das einzige, weil in Wirklichkeit auch viele Leser einen variierenden Alters- und Bildungshintergrund haben.

Der niederländische Historiker Henk Schulte Nordholt hat das indonesische Geschichtsbewusstsein einmal wie folgt charakterisiert: Bis 1998 besaß Indonesien eine Geschichte ohne Volk – und seitdem sind die Indonesier ein Volk ohne Geschichte, denn mit dem Sturz Suhartos 1998 sei das bis dahin gültige Geschichtsbild der Orde Baru obsolet geworden. Würdet ihr dem zustimmen? Wie würdet ihr das Geschichtsbewusstsein gegenwärtig bewerten?

Ich verstehe nicht genau, was Nordholt damit sagen möchte. Dennoch denke ich, dass die indonesische Nation, die offiziell seit der Augustrevolution 1945 besteht, schon eine eigene Geschichte besitzt. Geschichte in Indonesien ist eine Geschichte des Kampfes, geführt von den Indonesiern, um sich von den Fesseln der Kolonialisierung zu befreien, der niemals aufhört. Wenn wir über die *Orde Baru* reden, müssen wir sicherlich fragen, welche Geschichte sie damals sichtbar gemacht haben und für welchen Zweck. Die Geschichte, die während der Zeit der *Orde Baru* erschien, funktionierte mehr als Instrument der Legitimation, das mit Zwang indoktriniert wurde. Geschichtslehre muss befreiend sein. Ich würde nicht zustimmen, wenn gesagt wird, die indonesische Nation besäße kein ‚Geschichtsbild‘. Wenn wir das völlig eindimensionale Geschichtsbild der *Orde Baru* angucken, ist es wohl in Ordnung, wenn Fragen zum ‚Geschichtsbild‘ aufgeworfen werden.

Für mich ist jedoch wichtig, dass es eine Vielfalt an

Versionen gibt. Geschichte lernen heißt nicht die absolute Wahrheit zu finden, sondern es ist ein Prozess um ein einzelnes Ereignis zu verstehen, bestehend aus einigen Versionen, so dass es den Leser selbst dazu bringt, noch weiser in der Suche nach der Wahrheit zu werden. Was ich sagen möchte ist: Geschichte funktioniert viel mehr als Vehikel zur Steigerung des kritischen Denkens des Lesers, hier also die indonesische Öffentlichkeit. Und dies war nicht gewollt von der *Orde Baru*. Deswegen zeigten sie Geschichte in nur einem Bild, nicht in vielfältigen Bildern.

Was sind demnach Eurer Ansicht nach noch zu erledigende Aufgaben der heutigen indonesischen Geschichtsschreibung?



Das Team von Majalah Historia

stehend von l.n.r.: Jay Akbar, MF Mukhti, Hendri F Isnaeni, sitzend: Budi Setiyono, Bonnie Triyana

Foto: Majalah Historia

Sicher gibt es da vieles, aber nicht alles kann gleichzeitig erledigt werden. Es gibt viele historische Ereignisse, die noch von einem Mysterium umhüllt sind und Potential zu einer Kontroverse haben, sollten sie angesprochen werden. Dies muss abgeschlossen werden, damit meine ich, es muss geforscht und geschrieben werden, um in der breiten Gesellschaft publiziert zu werden. Ich bin Optimist, langsam aber sicher werden die jungen Generationen in Indonesien bereiter sein, um andere Geschichtsversionen zu akzeptieren, die anders sind, als jene, welche frühere Generationen während der *Orde Baru* erhielten. Die heutige junge Generation kann weitaus offener Fakten über die dunkle Geschichte ihrer Nation akzeptieren. Davon bin ich überzeugt.

Eure bisherigen Artikel berühren zum Teil historische Themen, die lange als Tabu galten. Befürchtet ihr keine öffentlichen Anfeindungen oder staatliche Zensur und wie würdet ihr damit umgehen, falls eine solche

Situation einmal eintreten sollte?

Ich denke, in einigen Dingen hat sich Indonesien schon verändert. Wir leben nicht mehr in der Zeit der *Orde Baru*. Wenn so etwas passiert, sicher nicht genau so, wie es zu Zeiten der *Orde Baru* geschehen wäre. Vor einigen Monaten wurden die Werke von Soemarsono verbrannt, ein linker Kämpfer der 1945er Generation. Dies wurde durchgeführt von einer kleinen Gruppe von Menschen, die eine andere Meinung vertreten als diese Bücher. Eine andere Meinung auszudrücken ist aber nach wie vor legitim, solange das nicht unter Anwendung von physischer Gewalt geschieht. Sollte dies uns passieren, werden wir den offiziellen Rechtsweg nehmen. Als Indonesier besitzen wir das gleiche Recht wie andere, einschließlich des Rechts zur Interpretation historischer Ereignisse anhand der Fakten, die wir besitzen.

Wie du schon bemerkt hast, gab es in letzter Zeit erneut staatliche Bestrebungen, durch Zensur, Verbote und Bücherverbrennungen bestimmte historische Themen und Diskurse weiterhin unter Verschluss zu halten. Darunter waren auch Arbeiten zu den Massenmorden 1965. Wie bewertet ihr diese Entwicklung?

Diese Aktionen waren nicht taktisch. Sie bedeuten gar nichts. In den Buchhandlungen werden noch viele dieser Bücher verkauft. Jetzt ist das Zeitalter des Internets, gedruckte Bücher sind verboten, aber *e-books* zirkulieren in der virtuellen Welt. Meiner Meinung nach zeugen Bücherverbote nur von Dummheit und Unverständnis. Ich bezweifle, dass jene, die dies verbieten, die Geschichte wirklich verstehen. Noch mal, jetzt ist das Zeitalter des Internets, Bücher zu verbieten ist reine Energieverschwendung.

Stellt euch vor, wir wären jetzt schon im Jahr 2020. Was wäre seither in Indonesien geschehen?

Ich möchte nicht mutmaßen, weil Geschichte eine Wissenschaft von Fakten und des Lernens über das bereits Geschehene ist, nicht dessen was geschehen wird. Das Wort Mutmaßung ist in der Geschichte nicht gültig. Wenn du eine Vorhersage auf der Basis dessen haben möchtest, was schon geschehen ist, so werde ich antworten: Indonesien wird noch existieren. Und es wird so viele Indonesier geben, die dieses Land lieben, die weiterhin für die Freiheit der indonesischen Nation von allen Hemmnissen kämpfen. Vielen Dank.

Auch wir danken für dieses Interview! ♦

Die Zeitschrift ist zu finden unter:
www.majalah-historia.com
 Webseite der Organisation *Masyarakat Indonesia Sadar Sejarah*: www.mesias.8k.com

Tanz auf dem Schlammvulkan

Die Umweltkatastrophe in Sidoarjo will kein Ende nehmen

von Anett Keller *

Es ist Mittagszeit in Siring Barat, einem Ortsteil von Porong/Sidoarjo unweit von Indonesiens zweitgrößter Stadt Surabaya. Doch das, was früher ein belebter Ort war, in dem zahlreiche Angestellte der nahe gelegenen Fabriken lebten, gleicht heute einer Geisterstadt. Am Rand der kleinen Gassen, die von der Hauptstraße ins Viertel führen, stehen tote Bäume, leere Häuser wechseln sich mit noch bewohnten ab.

Siring Barat liegt nur wenige Kilometer entfernt vom Schlammvulkan, den die Menschen hier "Lumpur Lapindo" nennen.

Der Schlamm. Seit er am 29. Mai 2006 auf einmal aus der Erde schoss, ist in Porong nichts mehr, wie es vorher war. An diesem Tag brach der Schlammvulkan aus, der inzwischen als größter der Welt gilt. In den Folgemonaten überflutete der Schlamm 12 Dörfer, ver-

trieb mindestens 40.000 Menschen. Über 20 Fabriken versanken ebenso im Schlamm wie Schulen und Moscheen. Die einst mitten durch den heutigen Schlammsee führende Autobahn in Richtung Surabaya musste weiträumig verlegt werden.

Nur 150 Meter entfernt von der Ausbruchsstelle befindet sich ein Erdgas-Bohrloch der Firma PT Lapindo Brantas. Die Mehrzahl der Wissenschaftler, die den Schlammvulkan untersucht haben, wirft Lapindo vor, den Bohrungskanal nicht ausreichend gesichert zu haben und damit den Schlammfluss ausgelöst zu haben. Durch die unzureichende Absicherung konnte demnach heißes Salzwasser unter einem gigantischen Druck nach oben schießen, es vermischte sich mit weichen Tonschichten und trat als Schlamm an die Oberfläche.

Für Rudi Rubiandini, einen der führenden indonesischen Geologen und Chef der im Sommer 2006 zur Untersuchung der Katastrophe eingesetzten staatlichen Untersuchungskommission, ist die Sache klar: "Wir hatten alle verfügbaren Daten. Wir haben sie ausgewertet und internationalen Wissenschaftlern zur Prüfung vorgelegt. Das Fazit von Hunderten Geologen aus aller Welt war, dass der Schlammfluss durch die Bohrungen ausgelöst wurde.

Lapindo behauptet hingegen, die Katastrophe habe eine natürliche Ursache, nämlich das zwei Tage zuvor erfolgte Erdbeben in Yogyakarta. Rubiandini kann dazu nur den Kopf schütteln. "Es hat weder Erschütterungen noch Schäden in Sidoarjo gegeben. Die Wirkung des Erdbebens war hier etwa so stark, als wenn



"Betreten verboten! Schwimmen verboten! Angeln verboten!"-
Schild der Regierungsbehörde BPLS

Foto: Anett Keller

vor der Tür ein Moped vorbei fährt."

Dennoch entschied das indonesische Parlament im September 2009 in einer Abstimmung, dass der Schlammfluss eine Naturkatastrophe war. "Mich haben sie nicht zu einer Anhörung vorgeladen.", sagt Rubiandini. Und stellt die Frage, wer über Fragen dieser Art wohl besser Bescheid wisse, unabhängige Wissenschaftler oder von politischen Interessen getriebene Laien.

Die Sache ist längst ein Politikum. Lapindo gehört den Bakries, einer der reichsten Familien Südostasiens, und einer ihrer Sprösslinge zählt zu den mächtigsten politischen Strippenziehern in Indonesien. Aburizal Bakrie ist Vorsitzender der Golkar-Partei, einst politische Basis von Diktator Suharto und heute die zweitstärkste Kraft im Parlament. Bakries Familie hat ihren wirtschaftlichen Aufstieg in den Jahren von Suhartos eiserner Herrschaft vollzogen und pflegte enge geschäftliche Beziehungen zu dessen Familienmitgliedern. 2007 kürte das Forbes-Magazin Aburizal Bakrie zum reichsten Indonesier.

Das Bakrie-Imperium reicht von Medien/Telekommunikation über Plantagen bis zur Gewinnung von Steinkohle und Erdgas. Auch politisch gelangen Bakrie Höhenflüge. "Nach Suhartos Sturz", so urteilt der Autor Joe Studwell in seinem Buch "Asian Godfathers", "erfand Aburizal Bakrie sich neu als demokratischer Politiker". Nach mehreren Ministerposten wurde er gerade zum Koordinator der Regierungskoalition von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ernannt. Viele politische Beobachter sind sicher, dass Bakrie zur nächsten Wahl 2014 selbst für das höchste Amt im Staat kandidieren wird.

Anfangs hatte die indonesische Regierung verfügt, dass Lapindo die Opfer entschädigen muss. Mehrere Lapindo-Mitarbeiter wurden von der Polizei vorgeladen. Das Unternehmen einigte sich mit Opfern auf Entschädigungen. Doch später wurden aus Geld-Versprechen Sachleistungen, aus zugesagten Gesamtsummen Ratenzahlungen. Die Firma begründete dies mit finanziellen Engpässen wegen der globalen Wirtschaftskrise. Vor allem die ärmeren Schlamm-Opfer, die sich keinen langen Atem leisten konnten, willigten ein.

Der 30jährige Agus Suprayitno gehört dazu. Er steht auf dem Damm, der den inzwischen sieben Quadratkilometer großen Schlammsee umgibt. Überall blubbert und stinkt es. "Da hinten", sagt Agus und zeigt auf das Dach einer Moschee, dessen Spitze aus der zähen, braunen Masse ragt, "das war mein Kampung". Früher hat seine Familie auf eigenem Grund und Boden mit gesalzenen Enteneiern gehandelt. Heute - im Mietshaus - darf er das nicht mehr. Der Besitzer fürchtet Schäden wegen des Salzes. Und ein eigenes Haus kann sich der Vater eines Sohnes nicht leisten. 200 Millionen Rupiah (etwa 17.000 Euro) Entschädigung für ihr verlorenes Land hat Lapindo seiner Familie gezahlt, das entsprach 20 Prozent der festgesetzten Summe. Das Geld wurde unter Agus' Eltern und seinen fünf Geschwistern ge-

teilt. Weitere 80 Prozent sollten bis Mitte 2008 gezahlt worden sein. "Auf die vollständige Auszahlung warten wir bis heute", sagt Agus. Er schaut bitter unter seiner Baseball-Kappe hervor und schluckt. Seine Frau und seinen kleinen Sohn sieht er nur noch alle paar Monate, sie sind bei Verwandten untergekommen, etwa fünf Stunden weit weg von Porong. "Ich wollte nicht, dass sie weiter hier in diesem Gestank leben, der uns alle krank macht", sagt Agus. Auch seine fünf Brüder und Schwestern zogen an verschiedene Orte. "Früher lebten wir alle gemeinsam auf dem Land meiner Vorfahren", sagt Agus. "Doch dann hat man uns wie Samen im Wind verstreut".

"Unmittelbar nach der Katastrophe herrschte eine riesige Solidarität unter den Opfern", sagt Paring Waluyo Utomo, Koordinator der NGO Lafadl Initiatives, die die Betroffenen unterstützt. "Aber Familien und Dorfgemeinschaften brachen durch Umsiedlung und den



Hunderte neuer Schlammlöcher wie dieses fressen sich in bewohnte Gebiete hinein, für deren Bewohner es bislang keine Entschädigungsleistungen gibt

Foto: Anett Keller

Kampf ums Geld auseinander." Ohnehin konnten sich die Wenigsten einen langen Atem leisten. Dennoch haben Menschenrechts- und Umweltorganisationen versucht, die Schuldfrage auf gerichtlichem Wege zu



**"Unsere Haustiere hat der Schlamm getötet",
"Gebt uns unseren Spielplatz zurück",
schreiben die Kinder von Siring Barat auf
ihre Transparente**

Foto: Anett Keller

klären. Doch alle juristischen Entscheidungen fielen zugunsten von Lapindo aus. "Bakrie ist nun mal sehr mächtig", sagt ein Mitarbeiter der Regierungsbehörde BPLS (Badan Penanggulangan Lumpur Sidoarjo), die für die Schlammkatastrophe eingesetzt wurde. "Es war einfach nicht möglich, Lapindo etwas nachzuweisen", so der Beamte, der nicht namentlich genannt sein wollte.

Mehr als vier Jahre nach seinem Ausbruch spuckt der Vulkan noch immer rund 100.000 Kubikmeter Schlamm pro Tag. Und auch außerhalb des Damms um den inzwischen sieben Quadratkilometer großen Schlammsee hat sich die unberechenbare zähflüssige Masse Bahn gebrochen.

In einem Hinterhof in Siring Barat frisst sich ein stinkendes, blubberndes grünes Schlammloch immer weiter in die Ruinen des Hauses hinein, dessen Bewohner längst das Weite gesucht haben. "Toko Timbul Jaya" steht über dem dazugehörigen Geschäft, in dem nun keiner mehr einkauft. Mustakhin (34), ein Angestellter, erinnert sich an die Zeiten, als das Lager noch voll und die Käufer zahlreich waren. Heute bewacht er die Überreste des Geschäfts, damit sie nicht geplündert werden. Über dem Gelände liegt ein furchtbarer,

schwefeliger Gestank, der Kopfschmerzen verursacht. Ein rotes Schild warnt den Besucher: "Dieses Gebiet ist gefährlich wegen giftiger und leicht brennbarer Gase und der Gefahr von Erdbeben. Betreten verboten", steht darauf. "Es gibt Hunderte solcher neuer Löcher hier, sie sind einfach überall, in Häusern, in Schulhöfen, in Fabrikhallen", erklärt Paring Waluyo Utomo von Lafadl Initiatives. Nach Ansicht des Geologen Rudi Rubiandini wird über kurz oder lang in einem Radius von drei Kilometern das gesamte Gebiet kollabieren, weil sich durch den Austritt des Schlamms immer mehr unterirdische Hohlräume bilden.

Selbst Schuld, wer hier noch bleibt, könnte man meinen. Doch anders als die relativ wohl situierten Besitzer des Geschäfts "Timbul Jaya" haben die meisten Bewohner des Viertels keine Wahl. Sie gehören zur "dritten Generation" von Opfern des Schlammflusses. Während in mehreren Dekreten des Präsidenten festgelegt wurde, dass die ersten betroffenen Dörfer in unmittelbarer Nähe des Schlammvulkans von Lapindo entschädigt werden, weitere, inzwischen auch im Schlamm versunkene, von der Regierung, wissen die Menschen in Siring Barat noch immer nicht, wohin. Der Mietzuschuss, um für zwei Jahre anderswo ein Haus zu mieten, lief im Juli ab. Auf die Frage, was danach mit den Menschen passiert, zuckt der Sprecher der Behörde BPLS die Achseln. "Wir warten auf das nächste Dekret des Präsidenten".

In Siring Barat haben die Menschen das Warten satt. Auf der Terrasse eines Hauses mitten im Viertel sitzen etwa zwei Dutzend Kinder und Erwachsene und malen Transparente. "Wir leiden schon seit vier Jahren. Wir wollen für das verlorene Land entschädigt werden!", steht auf einem. "Wo bleibt die Verantwortung der Regierung?", wird auf einem weiteren Transparent gefragt. "Aus Yogyakarta ist die Künstlergruppe Taring Padi angereist, um gemeinsam mit den Opfern den vierten Jahrestag der Katastrophe zu begehen und ihnen zu helfen, ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die 44jährige Fitri kauert mit ihrer 12jährigen Tochter auf dem Boden und zieht bedächtig die schwarzen Buchstaben auf ihrem Transparent nach. "Wann werden wir endlich wieder gesund sein?", steht darauf.

Wenn der Wind steht, riecht es in Siring Barat furchtbar nach faulen Eiern, nach dem Gas, das überall aus dem Boden tritt. Die Menschen klagen über Kopfschmerzen, Schwindelgefühl, Brechreiz, Husten - typische Symptome von Schwefelwasserstoffvergiftungen. Doch eine Anfrage der Autorin beim BPLS nach Statistiken zu den Auswirkungen der Katastrophe auf die Gesundheit der Anwohner blieb erfolglos: "Vielleicht gibt es Daten bei der lokalen Gesundheitsbehörde, vielleicht gibt es auch keine", war die lapidare Antwort.

Fitri, deren Haus nur wenige Hundert Meter vom Schlammsee entfernt ist, kann ihre Hand nur langsam bewegen, nachdem sie vor sieben Monaten einen Schlaganfall erlitt. "Meine Tochter hat oft Husten, uns

allen tut ständig der Kopf weh", sagt Fitri. Anfangs habe die Regierung gratis Medikamente verteilt, aber das sei lange vorbei. "Außerdem", sagt Fitri, "können wir Medikamente schlucken so viel wir wollen, es hilft ja nichts, der Schlamm und die giftigen Gase, die bleiben ja."

Am Rand des Damms, der den riesigen Schlammsee umgibt, lernen Männer mit den Künstlern von Taring Padi Holzschnitt- und Drucktechniken, mit denen sie T-Shirts gestalten können. Vor allem die Kinder von Siring Barat sind begeistert über die willkommene Abwechslung im tristen Alltag am Rand des Schlammvulkans. Jeden Tag sind es ein paar mehr, die sich vor dem leer stehenden Haus in Siring Barat versammeln, in dem die Künstler für eine Woche ihr Lager aufgeschlagen haben. Gemeinsam mit ihnen singen sie "Wir lernen zusammen, wir spielen zusammen, diese Welt gehört uns allen zusammen." Sie zeichnen Transparente. Eines zeigt Enten auf einem kleinen Teich. "Unsere Haustiere hat der Schlamm getötet", steht darauf. "Gebt uns unseren Spielplatz zurück", steht auf einem anderen.

Am 29. Mai 2010, dem vierten Jahrestag der Katastrophe, verleihen die Menschen von Porong ihrem Unmut lautstark Ausdruck. Bis zum Abend steht der Protest, aber auch die Solidarität im Vordergrund. Mit bunten Transparenten, mit Trommeln, mit lautstarkem Gesang, ziehen Kinder und Erwachsene die Hauptstraße entlang, die am Schlammsee vorbei führt. Zwischen ihnen schwebt ein riesiger Krake aus Pappmaschee, eigens für den Gedenktag gebastelt. Er hat Dollarzeichen in den Augen, ein B auf der Stirn und auf seinen Zähnen steht: Human Error.

Unternehmer-Politiker Aburizal Bakrie sieht sich hingegen selbst als Opfer des Schlammvulkans. Wäre er nicht in hohen politischen Ämtern, gäbe es auch diese Forderungen nicht, ließ Bakrie kürzlich Journalisten in Jakarta wissen. Obwohl keine rechtliche Verpflichtung bestehe, habe Lapindo bislang 11.800 Opfer termingerecht entschädigt. 7,8 Trillionen Rupiah habe der Konzern dafür bislang ausgegeben. Die Rufe der Schlamm-Opfer nach Entschädigung sind für ihn eine "Tyrannei der Minderheit". "Die Medien berichten immer nur über die 200 Leute, die nicht mit unserer Entschädigung einverstanden waren," klagt Bakrie.

Zu dieser "Minderheit" gehört die 60jährige Fischverkäuferin Sani. Hinter ihrem Haus, da wo früher ein dicht besiedeltes Wohngebiet war, ist heute nichts als Schlamm. Herumliegende Ziegelhaufen erinnern an die Häuser jener Nachbarn, die bereits weggezogen sind. Heute steht Sanis Haus beinahe allein zwischen einem kleinen Kanal und dem See aus Schlamm. Auf eine Entschädigungszahlung, um neues Land zu kaufen, wartet sie bis heute. Lapindo hatte ihr Land als Ackerland eingestuft, was den niedrigsten Preis erzielt. Zudem forderte der Chef ihres Dorfes eine "Erfolgsprämie" von 25 Prozent für die schnelle Abwicklung des Entschädigungsprozesses mit Lapindo - im zutiefst korrupten In-

donesien ein durchaus gängiges Verfahren. Die meisten der Nachbarn wollten schnell entschädigt werden und willigten ein. Sanis Familie und 18 weitere nicht. Sie forderten den angemessenen Preis für ihr Land. Bis nach Jakarta vor den Präsidentenpalast sind sie gezogen - ohne Erfolg. Die NGO Lafadl Initiatives hat mit Hilfe einer Spende von Bodyshop eine Kooperative für die Frauen in Sanis Viertel aufgebaut, die Kleinkredite vergibt. Denn Geld von der Bank bekommen sie ohne Sicherheiten schon lange nicht mehr. So kann Sani zumindest ihren Fisch ein- und verkaufen, auch wenn ihre Kunden oft anschreiben, weil ihnen das Geld ausgegangen ist. Wie Sani, versuchen die Menschen in Porong, ihren Alltag zu bestreiten. Wer noch nicht gegangen ist, harret vor dem Schlamm aus, wie das Kaninchen vor der Schlange.

Geologe Rubiandini zieht Vergleiche zum schnellen Handeln nach dem durch BP verursachten Öl-Desaster im Golf von Mexiko. "Dort bekam die US-Regierung Druck von der Opposition, von Umweltschützern und von engagierten Bürgern. Also machte sie Druck auf das Unternehmen, um das Bohrloch zu schließen. Bei uns in Indonesien passiert - nichts", so Rubiandini. Der Geologe ist überzeugt, dass man den Schlammfluss stoppen kann. Die dafür nötige Methode wird "Dynamic Kill" genannt. Schwerer Schlamm würde in die Eruptionsquelle gepumpt, um den Druck des darunter liegenden dünnflüssigeren Schlamms auszugleichen. Die Kosten dafür, so Rubiandini, seien mit etwa 100 Millionen US-Dollar (77,3 Millionen Euro) vergleichsweise gering und die nötige Expertise sei im Land vorhanden.

Doch der Regierung sind solche Lösungsvorschläge zu unsicher. "Den Schlammfluss zu stoppen, das ist nicht mehr unsere erste Priorität", so der Sprecher der Behörde BPLS. Katastrophen-Tourismus scheint attraktiver: Im Mai wurde bekannt, dass die Regierung 273 Milliarden Rupiah (24,4 Millionen Euro) bereit stellen werde, um das Gebiet als geologisch interessantes Reiseziel zu promoten.

An der Hauptstraße von Porong, zwischen dem stinkenden Schlammsee und dem geisterhaft anmutenden Viertel Siring Barat, scheinen dafür schon die Weichen gestellt. Auf einem großen Transparent prangt der Schriftzug: "Wir sind stolz auf Sidoarjo." ♦

**Die Autorin berichtet als freie Journalistin aus Indonesien.*

Weitere Informationen:
Lafadl <http://lafadl.org/v2/>
Taring Padi <http://taringpadi.com/>

Business as usual

Auf dem Weg zu nachhaltiger Umwelt- und Klimapolitik?

von Marianne Klute

Mit einem neuen Umweltgesetz und ehrgeizigen Aufforstungsprogrammen kommt Indonesien seinen internationalen Verpflichtungen nach. Die Frage ist, ob Umwelt- und Klimaschutz tatsächlich umgesetzt werden – oder ob sie vor Wirtschaftsinteressen den Kürzeren ziehen.

Umweltprobleme hatte Indonesien schon vor einer Generation. „1982/83 verbrannten insgesamt 3,6 Millionen Hektar Wald allein in Ostkalimantan, was etwa der Größe der Insel Taiwan entspricht. Davon waren 800.000 ha Primärregenwald, 550.000 ha Sumpf- und Moorwald, 750.000 ha Sekundärwald und Ackerland, und 1.600.000 ha exzessiv geholzter Wald“, so berichtete Watch Indonesia! schon in der ersten Ausgabe der Indonesien-Information, die Vorgängerzeitschrift der SUARA, vom Juni 1992. Das war nur der Anfang. Insbesondere das

Feuerjahr 1997 katapultierte Indonesien auf Platz drei der Liste der Staaten mit den höchsten Emissionen.

Im Laufe der Jahre steigerte sich das Tempo der Abholzung, und zum Ende des Suhartoregimes hatte Indonesien weltweit die höchste Entwaldungsrate. In den Großstädten sind Luftverschmutzung, Verseuchung des Wassers und Müllentsorgung die drängendsten Probleme, und Jakarta hat höhere Emissionen als andere asiatische Megacities. Doch den Zerstörungen ganzer Ökosysteme durch Bergbau, Agroindustrialisierung und krebstartiges Wachstum urbaner Zentren hatte die Um-

Von Indonesien unterzeichnete internationale Konventionen

- *Unesco Convention Concerning the Protection of the World Cultural and Natural Heritage*, 1972. Von Indonesien 1989 ratifiziert. Weltnaturerbe sind: Komodo Nationalpark, Lorentz Nationalpark, Tropischer Regenwald Sumatras, Ujung Kulon Nationalpark. Eine Reihe von anderen sind auf der tentative list (<http://whc.unesco.org/en/statesparties/id>)
- *Ramsar Convention on Wetlands*, ratifiziert 1992
- *Convention on Biological Diversity (CBD)* (1993), von Indonesien 1994 ratifiziert durch Gesetz Nr. 5/1994, siehe auch Länderprofil Indonesien auf der CBD website <http://www.cbd.int/countries/?country=id>
- *United Nations Framework Convention on Climate Change*, ratifiziert 1994
- Kyoto Protocol (1997), von Indonesien 2004 ratifiziert
- Cartagena Protocol on Biosafety to the Convention on Biological Diversity, ratifiziert 2005
- Prinzip 10 der Rio Deklaration zu Partizipation und Informationsfreiheit, ein wesentlicher Bestandteil der Rio-Deklaration und ein Fundament für Umwelt-Demokratie. 2002 Bildung einer globalen Plattform „Partnership on Principle 10“ (PP 10). Indonesien wurde 2006 aufgenommen, als bisher einziger asiatischer Staat. Indonesien setzte will das Recht auf Information in der Verfassung verankern, die Partizipation der Öffentlichkeit bei Umweltstudien und regionaler Gesetzgebung stärken, ein besseres Management von Beschwerdeprozessen erreichen und die Umweltgesetzgebung verbessern.
- Indonesien hat die Covenante zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten unterschrieben, jedoch unter Vorbehalt und mit dem Zusatz.... dass das „Recht auf Selbstbestimmung nicht auf Gruppen von Menschen in einem souveränen Staat zutrifft“, weil dies die territoriale Integrität oder die politische Einheit eines souveränen und unabhängigen Staates gefährden könnte (*dismember*).

weltpolitik nichts entgegenzusetzen.

Jetzt aber hat sich die Situation verändert. Indonesien kommt in der Bewältigung der globalen Umweltprobleme eine zentrale Bedeutung zu. Es verfügt über eine reichhaltige Biodiversität und die zweitgrößten Tropenwälder, deren Verlust für den gesamten Planeten weitreichende Folgen hat. Es kann aber auch zum Vorreiter für das Engagement anderer tropischer Länder werden. Wichtige Programme sind bereits Vorbild.

Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, zum Beispiel des Nationalen Aktionsplans zum Klimawandel, der bei der Weltklimakonferenz 2007 in Bali vorgestellt wurde, oder der Manado-Deklaration zur Rolle der Ozeane beim Klimawandel, die im Mai 2009 bei der Weltozeankonferenz in Manado, Sulawesi, verabschiedet wurde. Im September 2009 versicherte Präsident Susilo Bambang Yudhoyono auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 26% vom *business as usual*-Niveau (BAU) zu senken, mit internationaler Hilfe auch um 41%.

Umweltgesetzgebung

1997 trat der Vorgänger des neuen Umweltgesetzes, das Gesetz über Umweltmanagement (UU PLH No. 23 / 1997, *Undang-Undang Pengelolaan Lingkungan Hidup*) in Kraft, eine Folge auch der internationalen Vereinbarungen, die Indonesien getroffen hatte. (Siehe Infobox S. 27)

Auf lokaler Ebene wurden neue Umweltbehörden (Bappedalda, *Badan Pengendalian Dampak Lingkungan Daerah*) geschaffen. Diese agieren sozusagen im luftleeren Raum, da sie sowohl nach dem alten als auch dem neuen Umweltgesetz der lokalen Verwaltung, aber

nicht dem Umweltministerium untergeordnet sind. Als wichtigen Bestandteil enthielt UU PLH 23/1997 eine verbindlich vorgeschriebene Umweltstudie (AMDAL, *Analisis Mengenai Dampak Lingkungan*) bei Projekten, die die Umwelt beeinträchtigen. Die AMDAL konnten leicht umgangen werden, und es gibt bis heute etliche Plantagen, Bergbauprojekte und Holzkonzessionen, die legal agieren, ohne jemals eine Umweltstudie in Auftrag gegeben zu haben. Andere verfügen über Umweltstudien nach dem „Copy-and-Paste“-Verfahren, wie zum Beispiel ein Ölpalmunternehmen in Westkalimantan, dessen AMDAL einen Abschnitt über den Schutz der Sumatra-Tiger enthält. Auch ein sachlich korrektes AMDAL ist das Papier kaum wert, auf dem es gedruckt ist, denn weder die regionalen Umweltbehörden noch das Umweltministerium hatten die Befugnis, Betriebsgenehmigungen auszusprechen oder zu entziehen.

Ein wesentlicher Kritikpunkt von WALHI (*Friends of the Earth Indonesia*) betraf die Bezeichnung des Gesetzes als „Gesetz über Umweltmanagement“ (oder Umweltnutzung), in dem die Idee des Umweltschutzes nicht zum Ausdruck kommt. Die Kritik indonesischer Umweltorganisationen wie WALHI und *Indonesian Center for Environmental Law*, ICEL, zielte auch darauf, dass die Umweltbehörden keine Strafverfahren einleiten durften.

In der letzten Legislaturperiode hat sich die Regierung darauf verständigt, die drängendsten Umweltprobleme zu identifizieren. (Siehe Infobox S. 28) Ganz oben auf der Liste stehen die „Verschlechterung des Zustandes des Waldes, die Zerstörung der Wasserschutzgebiete als Folge des illegalen Holzeinschlags und der Umwandlung von Wald in Plantagen bzw. Agrarflächen“ bis hin zu Wasser- und Luftverschmutzung. Als

Von der indonesischen Regierung 2009 identifizierte Umweltprobleme

- Verschlechterung des Zustandes des Waldes
- Zerstörung der Wasserschutzgebiete als Folge des illegalen Holzeinschlags und der Umwandlung von Wald in Plantagen bzw. Agrarflächen
- Zerstörung der Küsten- und Meeresökosysteme
- Imageschaden für den Bergbau wegen nicht umweltfreundlicher Praktiken und illegaler Aktivitäten
- Bedrohung der Artenvielfalt, gleichzeitig Misserfolg beim Schutz der Arten
- Zunehmende Wasserverschmutzung
- Zunehmende Luftverschmutzung, besonders in den Städten
- Keine nachhaltige und keine optimale Waldnutzung
- Widersprüchliche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Forstwesen
- Schwache Strafverfolgung von illegalen Holzfällern und -Schmugglern
- Schwaches Wald-Management
- Nutzung von Waldressourcen außer Holz sowie ökologische Dienstleistungen nicht entwickelt
- Maritime Staatsgrenzen zu Nachbarstaaten
- Zerstörerische Fischerei, Diebstahl und Schmuggel von Fischen
- Wenig optimale Nutzung kleiner Inseln
- Unzureichendes Katastrophenmanagement
- Rückgang des Anteil von Gas und Erdöl am Bruttoinlandsprodukt
- Rechtsunsicherheit im Bergbauwesen
- Hohe Umweltverschmutzung und mangelhafte Entsorgung
- Fehlende Anpassung der Politik an Klimaerwärmung
- Problem: alternative Zahlung für Umwelt
- Problem: Umwelt als globale Thematik in nationale Politik umsetzen
- Problem: Harmonisierung gesetzlicher Regelungen im Bereich Umwelt
- Problem: Umweltbewusstsein der Bevölkerung ist gering

schwierig wurde erkannt, dass Indonesien irgendwie auf die globalen Entwicklungen der Bewältigung der Umweltprobleme reagieren, die verschiedenen Abkommen in nationale Politik umsetzen und gesetzliche Regelungen harmonisieren muss.

Ohne ein konkurrenzfähiges nationales Umweltgesetz wären alle Anstrengungen vergebliche Mühe. Auch die ehemaligen Umweltminister Rahmat Witoelar (2004-2009) und sein Vorgänger Sony Keraf (1999-2001) setzten sich aktiv für eine Revision von UU PLH 23/1997 bzw. letztendlich für eine Neuformulierung ein. Im Oktober 2009 trat das neue „Gesetz über Schutz und der Nutzung der Umwelt“ (UU PPLH No. 32/2009, *Undang-Undang Perlindungan dan Pengelolaan Lingkungan Hidup*) in Kraft.

Zum ersten Mal steht die Umwelt nicht mehr (allein) im Dienst der Wirtschaft, vielmehr sind Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung die Leitgedanken des neuen Gesetzes. Jetzt müssen für alle Raum-, Landschafts- und Wirtschaftsplanungen Umweltgutachten (KLHS, *Kajian Lingkungan Hidup Strategis*) erstellt werden, in die die ökologischen Gegebenheiten eines Gebietes eingehen. Erst auf der Grundlage der KLHS soll in Zukunft Regionalplanung erfolgen. Wenn sich dieses Konzept in der Praxis bewährt, wäre das neue Umweltgesetz ein Meilenstein. Schützenswerte Ökoregionen werden theoretisch nicht mehr dem Wirtschaftswachstum geopfert, ökologische Dienstleistungen, die etwa ein intakter Wald liefert, sollen entsprechend honoriert werden. Ein Hintergedanke dabei ist, die globalen Modelle der Finanzierung von Walderhalt oder Kohlenstoffsinken auf nationaler Ebene legislativ zu begleiten und lokal in der Praxis zu verankern.

Das Umweltministerium und regionale Behörden erfahren, im Vergleich zum alten Gesetz, durch UU PPLH 32/2009 eine wesentliche Stärkung. Bei großen Projekten, die die Umwelt gefährden, ist eine Umweltstudie (AMDAL), bei kleineren eine Risikoanalyse (ARLH, *Analisis Risiko Lingkungan Hidup*) nicht nur auf dem Papier erforderlich, sondern sogar Bestandteil des Genehmigungsverfahrens. Unternehmen sind außerdem verpflichtet, regelmäßig ein Umwelt-Audit durchzuführen. Das Ministerium kann auch ein externes Audit veranlassen. Vor allem hat es jetzt, im Unterschied zum alten Gesetz, die Autorität, die Verfolgung von Straftaten einleiten zu können und Genehmigungen zu entziehen. Unverändert bleibt die Positionierung der lokalen Umweltbehörden unter die Verwaltung der Provinzen und Distrikte statt unter das Umweltministerium.

Über das Recht auf Einleitung der Strafverfolgung hinaus soll, in Kooperation mit der Polizei, eine Spezialeinheit zur Verfolgung von Umweltkriminalität aufgebaut werden. Diese wesentliche Änderung kann einerseits als vielleicht verzweifelter Versuch gewertet werden, Umweltverbrechen in den Griff zu bekommen. Andererseits gibt es Stimmen, die die Aufweichung staatlicher Sicherheit kritisch sehen. Im Großen und

Ganzen ist das Gesetz ein Weg hin zu Umweltschutz in der Bedeutung des Wortes. Wie aber die Umweltschutzmaßnahmen und die Ausgleichszahlungen für ökologische Werte finanziert werden sollen, bleibt in dem Gesetz unklar.

Aufforstungsprogramme

Für die Bewältigung der Klimaveränderung soll der Forstsektor die Hälfte der einzusparenden Emissionen reduzieren. Dazu hat das Forstministerium ein umfangreiches Programm aufgestellt (*Program Kehutanan untuk Mitigasi Perubahan Iklim & pengukuran, pelaporan serta verifikasi*). Das Programm enthält mehrere Punkte und vom Ministerium durchzuführende Projekte:

Entscheidend wird die Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Waldbränden durch die Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und der Feuer sein. Da Waldbrände den Hauptanteil an Treibhausgasen emittieren, sollen sie auf ein Zehntel der Werte reduziert werden. Wie das geschehen soll, ist noch unklar. Gerade dieser Programmpunkt bleibt im *Memorandum of Understanding*, das dem Präsidenten und den Gouverneuren Anfang des Jahres 2010 vorgestellt wurde, sehr vage.

Weiterhin ist vorgesehen, die Fläche der Kohlenstoffsinken zu erhöhen, also aufzuforsten. Ähnliche, wenn auch weniger ehrgeizige Projekte gab es schon in den vergangenen Jahren, als Politiker symbolisch Bäume pflanzten, um das 1-Million-Bäume-Ziel zu erreichen. Diesmal aber will man mehr, nämlich 21 Millionen Hektar aufforsten, in Schritten von jährlich einer halben Million Hektar, so Forstminister Zulkifli Hasan. Mit dem Programm verbindet das Forstministerium auch die Hoffnung, dass die 21 Millionen Hektar als Kohlenstoffsinken Einnahmen erbringen werden. Umweltverschmutzer in den Industriestaaten kaufen Emissionsrechte, wofür im Gegenzug Bäume gepflanzt werden.

Bis ins Detail ist die Aufforstung geplant, runtergebrochen auf die Provinzen und die jährliche Rate. Vorgesehen sind Holzplantagen (HTI, *Hutan Tanaman Industri*) für die Produktion von Tropenholz, die Wiederaufforstung von Kahlschlaggebieten und *community*-Wälder. Die anvisierten Forste sind keine Regenwälder, sondern zum Großteil Holzplantagen für die Zellstoff-, Tropenholz- und Holzpelletsindustrien, was bedeutet, dass die Bäume in relativ kurzer Zeit abgeerntet werden. Die bisherige Erfahrung zeigt auch, dass die Holzplantagen nicht wieder ersetzt werden oder in Flammen aufgehen – und genau die zuvor erkaufte Emissionen emittieren.

Es ist daher fraglich, ob insgesamt die bewaldete Fläche erhöht werden kann und tatsächliche zusätzliche Kohlenstoffsinken geschaffen werden. Erfahrungen mit früheren Aufforstungsprojekten lassen vermuten, dass die Planungen kaum erfüllt werden können. Die grundlegenden Schwächen, nämlich die mangelnde

Einbindung der BürgerInnen und auch der Provinzen sowie die ungelöste Landrechtsproblematik könnten dazu führen, dass die ehrgeizigen Programme letztendlich im Papierkorb landen.

Andere Maßnahmen, mit denen das Forstministerium die versprochene Reduzierung der Emissionen erreichen will, betreffen nachhaltiges Forstmanagement, geringere Einschlagquoten und Management von Naturschutzgebieten.

Nach Rechnungen des Forstministeriums werden alle anvisierten Aktivitäten den indonesischen Wald zur Netto-Kohlenstoffsенke machen. Nach Reduktion der Feuer, so rechnet man, werden die Emissionen aus Indonesien pro Jahr nur noch 1,24 Gigatonnen betragen, im Gegenzug werde der Wald durch die Aufforstungsmaßnahmen 1,31 Gigatonnen CO₂ speichern. Gilt aber

Palmölunternehmerverbandes GAPKI, Indonesien könne es sich keine unproduktiven Wälder leisten. Auf ökologische, soziale und kulturelle Aspekte wurde keine Rücksicht genommen, zum Schaden der Natur und auch der 45 Millionen vom Wald abhängigen Menschen. Nun schwenkt die Stimmung um: Wälder werden nun zusätzlich zum wirtschaftlichen Nutzen auch als Kohlenstoffsенken gesehen.

Kritisch betrachtet ist der Maßnahmenkatalog des Forstministeriums keine Absage an die *business as usual*-Devise. (BAU bedeutet Indonesisch „es stinkt“.) Nicht naturnahe Sekundärwälder sind vorgesehen, sondern Produktionsstandorte für die Industrien. Das mag verständlich sein, doch völlig verwundert die Tatsache, dass das Programm auch die Abholzung von 4,2 Millionen Hektar Konversionswald vorsieht. Hier soll

Platz geschaffen werden für Bergbau, Agroindustrie, Infrastruktur und militärische Anlagen. Diese 4,2 Millionen Hektar entsprechen exakt der Fläche, für die zurzeit noch keine Konzessionen für Holzeinschlag vergeben sind. Somit wird der gesamte ausgewiesene

Konversionswald im Rahmen der Klimamaßnahmen vernichtet werden. Das Programm verzichtet also keineswegs auf die *business as usual*-Praxis.

Umweltgesetz und Aufforstungsprogramme sind sicherlich wichtige Beiträge Indonesiens auf internationale Verpflichtungen und Erwartungen. Leider sind sie kaum aufeinander abgestimmt – das Forstministerium hätte vor seinen detaillierten

Raumplanungen zumindest die verpflichtenden Umweltgutachten einholen müssen. Stattdessen wurden zwei große Werke geschaffen, die sich möglicherweise gegenseitig im Wege stehen. Angesichts vieler Widersprüche und Unklarheiten wird die konsequente Umsetzung nicht einfach sein. Die Provinzen müssen mitspielen, die Bevölkerung partizipieren, das Ausland zur Finanzierung beitragen. Vor allem müssen Entscheidungsträger in Politik und Industrie ihre Verantwortung übernehmen. Sie müssen bereit sein, von Umweltverschmutzung und -zerstörung Abstand zu nehmen. Umweltkriminalität darf niemals *business as usual* genannt werden. ♦



Wir begrünen die Erde

Foto: Save Our Borneo

business as usual, so würde, einer Studie des Nationalen Rats für Klimawandel DNPI zufolge, Indonesien bis 2020 jährlich 2,8 Gigatonnen CO₂-Äquivalente emittieren. Dies ist im Vergleich zu 2005 keine Reduktion, lag doch der Wert laut DNPI bei 2,3 Gigatonnen, wovon 38% aus Entwaldung, Degradierung und Waldbränden sowie 45% aus Torfböden stammen. Mithilfe aller Programme zur Reduzierung der Emissionen könnte dann höchstens der Stand von 2005 erreicht werden.

Die Holzplantagen schaffen eine Menge neuer Probleme. Bislang wurden Wälder als reine Holzlieferanten betrachtet, denn, so ein Direktor des

„Häusliche Gewalt ist nicht Teil unserer Tradition!“

von **Monika Schlicher, Maria Tschanz & Henri Myrntinen**

Häusliche Gewalt ist ein zentrales gesellschaftliches Problem in Osttimor. Nun hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das häusliche Gewalt unter Strafe stellt. Ein erster Schritt. Doch es braucht noch viel Bewusstseinsarbeit, damit Gewalt die gesellschaftliche Akzeptanz verliert.

Vor sieben Jahren, 2003, wurde dem Parlament in Osttimor der erste Entwurf eines Gesetzes gegen häusliche Gewalt vorgelegt. 2010 waren endlich alle Hürden genommen: am 11. Mai wurde das Gesetz vom Parlament mit 30 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und drei Enthaltungen verabschiedet und daraufhin vom Präsidenten unterzeichnet. Häusliche Gewalt wurde zwar 2009 in dem verabschiedeten Strafgesetz erstmals als Straftat aufgenommen, doch das Gesetz blieb bei der Definition zu ungenau und vor allem fehlte es an einem Mandat zur Unterstützung der Opfer. Der Staat kommt mit dem neuen Gesetz seiner Verpflichtung gemäß internationaler Menschenrechtsstandards nach, Personen, die innerhalb einer Familie Opfer von Gewalt werden, zu schützen und zu unterstützen, zugleich die Praxis von häuslicher Gewalt zu bekämpfen. Ein großer Verdienst hierbei liegt bei den Nichtregierungsorganisationen, die Kampagnen initiiert und Aufklärungsarbeit geleistet haben.

„Wir freuen uns riesig. Die Verabschiedung des Gesetzes ist für uns ein Meilenstein auf dem Weg zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt“, so Natalia Cesaltino de Jesus von der Frauenrechtsorganisation Fokupers. „Wir haben uns mit Advocacy- und Lobbyarbeit gegenüber dem Parlament dafür stark gemacht, in die Gesellschaft hinein Bewusstseinsarbeit geleistet und über Jahre dafür gekämpft.“

Häusliche Gewalt ist ein weltweites Problem, quer durch alle Gesellschaftsschichten, unabhängig von Bildung und Entwicklungsstand eines Staates. Es ist in Osttimor kein neues Phänomen, doch erst mit der Unabhängigkeit wurde das Ausmaß sichtbar, weil es erstmals als ein Akt der Gewalt definiert wurde. Noch immer nehmen weite Teile der Gesellschaft – Frauen, wie Männer, es nicht unbedingt als Gewalt wahr. „Das Gesetz ist sehr wichtig für Osttimor, weil häusliche

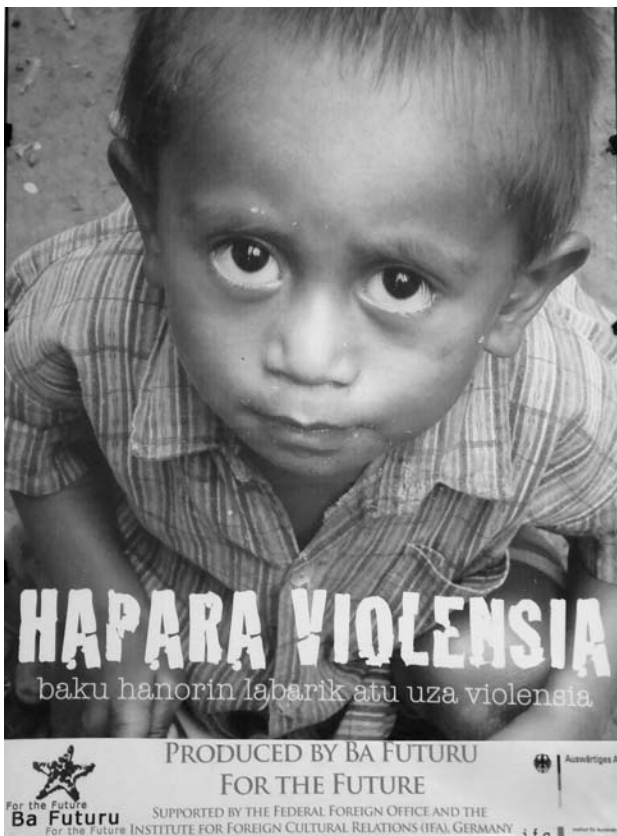


Liebt die Familie - stoppt häusliche Gewalt

Kampagnenmaterial von Fokupers

Gewalt hier sehr weit verbreitet ist“, so Armado da Costa vom Staatssekretariat für die Förderung von Gleichberechtigung (SEPI), das den Gesetzesentwurf erarbeitet hat. Das Gesetz, erläutert da Costa, zielt nicht darauf ab, Leute ins Gefängnis zu bringen, sondern die Menschenrechte zu achten. (IRIN: New law aims to fight domestic violence, 12. May 2010)

„Das Gesetz“, erklärt Natalia Cesaltino de Jesus, „dient dazu, die Familie zu einen, indem Gewalt bekämpft wird, so dass ein positives, vertrauensvolles



Stoppt die Gewalt

Plakat von Ba Futuru

Miteinander möglich wird.“ Das sei die Intention derer, die das Gesetz entworfen und sich dafür stark gemacht haben. „Doch bei den öffentlichen Anhörungen des Parlaments wurden auch Bedenken geäußert, ob sich die Gewalt damit einschränken lässt.“ Und letztlich, so auch immer wieder die Kritik der katholischen Kirche, würden mit dem Gesetz Familien gespalten und Scheidung vorangetrieben. Damit wird die patriarchalische Hierarchie in den Familien angetastet.

„Die Kirche“, so Olivio da Costa, Vorsitzender der Organisation *Mane contra violénsia doméstika* (Männer gegen häusliche Gewalt), „stimmt mit den NGOs immer überein, dass man die Rechte der Frauen respektieren muss, dass Männer und Frauen gleich sind. Sie hört uns zu, stimmt uns zu, aber was macht sie? Sie will das Thema häusliche Gewalt verschweigen, um die Einheit der Familie zu beschützen. Frauen, die ihre Männer anzeigen wollen, wird ins Gewissen geredet: ‚Frau, du hast doch einen heiligen Eid geschworen, hier in der Kirche, vor Gott! Willst du diesen Eid brechen?‘ – und die Kirche als Institution reflektiert natürlich auch nicht, wie es mit der Gleichstellung innerhalb der Kirche aussieht. Da steht der männliche Pfarrer vor den Schwestern und die dürfen nur nicken und ‚Ja und Amen‘ sagen.“

Ist es nicht die Gewalt, die die Familien zerstört? Hier

werden die Opfer angeprangert. Frauenorganisationen, die sich für das Gesetz stark gemacht haben, Opfer von häuslicher Gewalt betreuen und auch rechtlichen Beistand leisten, sehen sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, sie würden Familie zerstören und Scheidungen befördern.

Diese Bedenken und Kritik teilt die Juristin Maria Agnes Bere von der *Justice Support Unit* der Mission der Vereinten Nationen UNMIT nicht. Die Bedeutung des neuen Gesetzes liegt ihrer Meinung nach in seiner abschreckenden Wirkung, darin, dass häusliche Gewalt unter Strafe gestellt wird: wer Mitglieder der Familie misshandelt, begeht ein Verbrechen und kann dafür in schweren Fällen ins Gefängnis gebracht werden.

Von Gegnern und Kritikern wird immer wieder angeführt, dass das Gesetz nicht der Kultur Osttimors entspreche. „Wir können unsere Kultur nicht als Rechtfertigung für Gewalt benutzen. Gewalt ist ein Verbrechen. Die timoresische Kultur lehrt uns nicht gewalttätig zu sein,“ hält Fernanda Borges, Vorsitzende der parlamentarischen Kommission für die Verabschiedung von Gesetzen, entgegen. (President of the Parliamentary Committee for Government legislation, IRIN: New law aims to fight domestic violence, 12. May 2010).

Immer wieder wird Kultur und Tradition missbraucht, um an bestehenden Machtverhältnissen festzuhalten. „Häusliche Gewalt ist nicht Teil unserer Tradition. Werte und Traditionen haben sich im Laufe der Jahre und Jahrhunderte auch zum Negativen verändert. Heute haben wir eine stark patriarchalisch geprägte Kultur. Statt die Auswüchse dieser Entwicklung zu bekämpfen, entsteht bei der Bevölkerung schnell der Eindruck, dass die Tradition als Ganzes angegriffen und in Frage gestellt wird,“ beschreibt Natalia Cesaltina de Jesus die Situation. Dieser Eindruck bestärkt sich durch eine gefühlte Rückständigkeit, die sich speist aus dem rasanten Tempo der Veränderungen unter dem Druck von Entwicklungs- und Modernisierungsbemühungen durch die internationale Gebergemeinschaft und ihren Organisationen. „Wir werden von den *Internationals* immer wieder gefragt, was unsere kulturell bedingte Identität ist und im gleichen Satz vernehmen wir, eure Kultur ist nicht gut und diskriminiert Frauen,“ so die Erfahrung von Santina Amaral Fernandes, *Gender-Justice* Beauftragte im Landrechtsprojekt *Ita Nia Rai* (Unser Land). „Und die Menschen fragen sich, welche Identität haben wir denn in einer neuen Kultur, wenn die alte nicht gut ist? Das schafft großen Unmut und behindert eine Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Problem.“

„Die Ausländer, die herkommen, seien es damals die Portugiesen oder nachher die Indonesier oder jetzt die *Internationals*, die haben uns Osttimoresen immer einbläut dass wir, dass unsere Kultur minderwertig ist. Die internationalen NGOs kommen her und sagen: ihr Timoresen geht mit euren Frauen schlecht um, eure Kultur ist schlecht, ihr habt das *Barlaki*-System (Brautpreis) und verkauft eure Frauen. Dabei wissen die gar

nicht mal, worum es bei *Barlaki* geht“, beklagt Josh Trindade, Ethnologe und Berater für diverse internationale Organisationen. „Männer, die Frauen schlagen, kann ich gar nicht abhaben. Die haben das nicht verstanden. Das sind teilweise einfach Idioten. Wenn Eltern ihre Tochter verheiraten, sagen sie oft zum Mann: 'pass auf unsere Tochter auf und erziehe sie gut.' Die Männer interpretieren das dann falsch, und denken sie haben einen Freibrief, ihre Frau zu schlagen.“ Josh Trindade sieht in Fällen von häuslicher Gewalt ein persönliches Problem, ein Problem des Einzelnen, nicht der ‚minderwertigen‘ timoresischen Kultur. Nicht die Kultur führe zur häuslichen Gewalt, sondern Alkoholmissbrauch, psychologische Probleme und die Erziehung, bei der oft Gewalt angewendet wird.

Es gibt in Osttimor ein starkes Bestreben die Wurzeln der Kultur wieder zu entdecken. Die Frauenrechtlerinnen sehen darin eine Chance, die Kultur von negativen Auswüchsen zu befreien, und zugleich auch Neues zu integrieren. Dazu bräuchte es eine Verlangsamung des Tempos, damit es der Gesellschaft möglich wird zu reflektieren, welche Werte sie bewahren und von welchen sie sich verabschieden möchte, weil sie nicht mehr zeitgemäß sind.

Mit dem neuen Gesetz ist häusliche Gewalt keine Privatangelegenheit der Familie mehr. Auch sind Nachbarn, Freunde – alle, die davon Kenntnis haben –, in der Verantwortung, das Verbrechen zu melden. Die Polizei ist zum Handeln verpflichtet. Das Gesetz will den Schutz aller Familienmitglieder gewährleisten. Das umfasst auch häusliche Gewalt gegen Männer. Wie in anderen Ländern auch, sind in Osttimor Frauen und Kinder jedoch besonders verletzlich und sie sind zudem in einem sozialen und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis. Häusliche Gewalt ist Ausdruck von Missachtung. Dennoch sehen viele Frauen in Osttimor es als zu akzeptierenden Bestandteil ihres Ehelebens an. Nur in extremen Misshandlungsfällen, wenn es nicht mehr auszuhalten ist, wenden sie sich an den Dorfältesten, den Priester, immer öfter auch an die Polizei und Nichtregierungsorganisationen, wie an Fokupers, die Zuflucht und Rechtsbeistand bieten sowie Mediationsarbeit leisten.

„Wenn Frauen zur Beratung und Mediation kommen, sich Hilfe von außen suchen und ihren Fall öffentlich machen, so hat dies Konsequenzen“, erläutert Merry Barreto, Direktorin von Fokupers. „Die Familie des Täters, bei der sie wohnt, verdreht oft die Tatsachen und schützt den Sohn. Die Schuld wird der Frau zugeschoben, die eine schlechte Ehe geführt hat und sich nicht ausreichend um Mann und Familie gekümmert hat. Dies fällt dann auch auf ihre Familie zurück, die die Frau nicht anständig erzogen hat. Es kann sogar Auswirkungen auf jüngere Schwestern haben, die dadurch schwieriger zu verheiraten sind. Sie bringt der Familie Schande. Sie wird in der Täterfamilie des Hauses ver-

wiesen und vielfach von der eigenen Familie nicht wieder aufgenommen. Der Hauptfokus in der Mediation liegt darin, die beiden Familien und die beiden Ehepartner wieder ins Gespräch zu bringen. Dann erst wenden wir uns dem zu lösenden Problem zu und wir bemühen uns aufzuzeigen, dass es sich hier nicht nur um ein persönliches Problem handelt, sondern um ein gesellschaftliches und dass Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen ist.“

Nun sollen Grundlagen geschaffen werden, um die Umsetzung des Gesetzes auf den Weg zu bringen. Das Gesetz wird gestützt durch die Verfassung und das Strafrecht. Es ist vorgesehen, dass Opfer vom Täter finanziell entschädigt werden, und sollte das nicht möglich sein, greift ein spezieller Notfall-Fonds der Regierung. Dieser Fonds soll auch zur Unterstützung von Familien benutzt werden, wenn es zu einer Verurteilung mit Gefängnisstrafe kommt und der Täter seiner Verpflichtung, die Familie zu unterstützen, nicht nachkommt. „Ob eine Frau im Haus bleiben kann, hängt davon ab, wie es mit der Ehe überhaupt weitergehen soll und ob die Familie des Mannes sie weiter akzeptiert. Frauen haben bislang kein Recht auf Land und Besitz, das gehört alles dem Mann und seiner Familie. Deshalb ermutigen die Mitarbeiter im Landrechtsprojekt Ita Nia Rai die Eheleute, sich gemeinsam als Landbesitzer einzutragen zu lassen,“ so Maria Agnes Bere.

Das Gesetz sieht weiter vor, dass Opfer Zugang haben zu medizinischer Notversorgung, sicherer Unterkunft und psychosozialen sowie rechtlichen Beistand erhalten. Hierbei arbeitet das Staatssekretariat für die Förderung von Gleichberechtigung (SEPI) eng mit NGOs zusammen, die solche Dienste anbieten. Außerdem ist SEPI gefordert, für Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit Sorge zu tragen. Das umfasst auch, dass das Thema häusliche Gewalt im Curriculum der Schulen Eingang erhält. „Auch die UN-Mission überlegt, wie sie die Implementierung des Gesetzes bestmöglich unterstützen kann,“ berichtet Maria Agnes Bere. SEPI solle technische Unterstützung erhalten, Trainings zum Gesetz mit Polizei, NGOs, UNDP und UNIFEM sind angedacht sowie die Entwicklung von entsprechenden Lehrplänen für das *Judicial Training Center*.

Bis das gesellschaftlich verankert ist, bis es in die Distrikte, gar die entlegene Gebiete vordringt, braucht seine Zeit. „Erst,“ so Santina Amaral Fernandes, „muss Wissen und Bewusstsein da sein, dass Gewalt in der Familie keineswegs normal ist. Ohne dieses Bewusstsein suchen sich Frauen auch keine Hilfe. Das ist die große Herausforderung, alle Frauen zu erreichen, und dass sie beginnen, die Ungerechtigkeit zu spüren. Es braucht erst den Schritt, Frauen in ihrem Selbstverständnis zu stärken.“

„Wenn ich alles richtig mache, wird mein Mann mich nicht schlagen“

Interview mit Manuela da Silva*

Manuela da Silva, 25 Jahre alt, ist in Los Palos aufgewachsen. Vor zwei Jahren kam sie nach Dili und arbeitet dort als Haushaltshilfe bei einem ausländischen Berater. Monika Schlicher und Maria Tschanz sprachen mit ihr zu häuslicher Gewalt, Erziehung und Rollenverständnis in der Familie.

Seit kurzem gibt es ein Gesetz gegen häusliche Gewalt. Wie nehmen Sie dies wahr und bemerken Sie Veränderungen für Frauen seit der Unabhängigkeit?

Für Frauen hat sich noch nicht viel geändert, aber das Bewusstsein, dass Ausbildung und Schule auch für uns Frauen wichtig ist, das hat sich verstärkt. Wenn die Frau ihren Beitrag für die Familie leisten kann, dann ist die Familie zufriedener und das ist auch ein Beitrag für die Nation. Natürlich ist es ein großer Wunsch von mir, eine Familie zu gründen, aber da spielen viele Faktoren mit. Zum einen ist es die wirtschaftliche Situation. Es ist wichtig, dass ich einerseits noch meine Familie unterstütze, andererseits muss meine Familie auch genügend Geld haben, damit ich heiraten kann. Zum anderen ist die wirtschaftliche Situation des Mannes wichtig. Wenn er keinen Brautpreis zahlen kann, weil er keine Arbeit hat oder die Familie zu arm ist, dann müssen wir warten. Der Mann zahlt einen Brautpreis und meine Familie muss etwas gleichwertiges zurückgeben, das ist ein Austausch, eine Tradition, die es seit Generationen gibt. Aber hier hat sich etwas Neues aufgetan. Meine Eltern versuchen mir wie auch meinen Geschwistern zu vermitteln, dass es wichtig ist, dass die Partner sich lieben, gut miteinander auskommen und ihre Familie versorgen können. Es gibt ja jetzt ein Gesetz zu Gleichheit von Mann und Frau, und wir müssen gemeinsam versuchen, ein Fundament zu schaffen, auf dem wir einen Hausstand gründen können. Das Gesetz besagt auch, dass der Mann die Frau nicht beherrschen und Gewalt anwenden darf. Die Frau sollte auch nicht mehr schweigen und Angst haben. Über das Gesetz, das jetzt vorliegt, habe ich noch nicht viel gehört, aber ich weiß, dass Frauen, die von ihren Männern geschlagen werden, jetzt zur Polizei gehen können, um das anzuzeigen. Aber es passiert ja auch ganz oft, dass Frauen Gewalt gegen ihre Kindern anwenden. Mit diesem neuen Gesetz haben auch Kinder ein Recht bekommen. Es ist wichtig, dass Frauen, die ihr Kind ermorden, aussetzen oder ihr Kind im Bauch zerstören, bestraft werden. Weder die Frauen noch die Männer übernehmen Verantwortung für ihr Handeln, von daher ist es wichtig, dass das Gesetz umgesetzt wird.

Ich habe schon durch meine Eltern erfahren, dass Erziehung auch über Schläge läuft. Wenn wir etwas falsch gemacht haben, oder wenn wir unsere Eltern verärgert haben oder nicht gehorcht haben, dann wurden wir mit Schlägen auf den richtigen Weg gebracht. Wir wissen nicht, wie wir anderes erziehen können. Natürlich hat es weh getan, aber was hätten unsere Eltern anderes machen sollen? Immer nur reden hat uns nicht geholfen und wie ich es heute sehe, hilft es immer noch nicht. Für mich ist es kein Problem, dass ich Schläge bekommen habe oder es mit meinen Kindern nicht genauso machen würde. Auch wenn es ihnen wehtut, sie finden dann wieder ihren richtigen Weg.

Die Männer wenden im Grunde genommen den gleichen Stil an und versuchen Frauen weiterhin zu erziehen. Wenn sie nicht gehorcht, muss er sie erziehen?

Ein Frau möchte, dass ihr Mann zufrieden ist, sie möchte für ein gutes Familienleben sorgen. Frauen haben angefangen, das Familienleben zu zerstören und viele sind von einem guten Weg abgekommen und folgen nicht mehr ihren Männern. Und wenn diese z.B. arbeitslos geworden sind und die Familie nicht mehr versorgen können, dann fordern Frauen das Recht versorgt zu werden ein. Dann werden die Männer natürlich wütend. Die Frauen müssen wieder nach unserer Tradition und unserem alten Wissen die Männer als Familienvorstand respektieren. Die Männer treffen die Entscheidungen zu Hause und Frauen müssen lernen, dem wieder zu folgen. Unsere Rolle ist nicht die, den Mann zu dominieren, sondern wir sind gleich, aber er braucht die Macht, um uns immer wieder auf den richtigen Weg zu bringen und uns zu disziplinieren, damit wir wissen, wo es lang geht. Der Mann missbraucht nicht seine Macht, um uns zu schaden, sondern wenn wir ihn nicht richtig respektieren und Widerworte geben, dann ist es sein Recht uns zu schlagen und uns auf den richtige Weg zu bringen. Das ist seine Antwort auf die Fehler, die die Frau macht.

Was würden Sie machen, wenn ein Mann Sie schlägt?

Das ist für mich ein Zeichen darüber nachzudenken, was ich falsch gemacht habe. Ich werde sicher weinen und versuchen mit ihm zu reden. Dann meinen Fehler eingestehen und um Verzeihung bitten. Ein Mann schlägt nie ohne Grund und ich würde erst einmal schweigen und schauen, wo der Fehler bei mir liegt. Wenn ich alles richtig mache, wird mein Mann mich nicht schlagen. Das ist das Gesetz der Gleichheit, was uns sagen will, dass wir alle unsere Rolle darin haben.

Wenn ein Mann sich Ihnen gegenüber respektlos verhält, wenn er Sie nicht hört, würden Sie sich dann auch mit Schlägen wehren?

Nein, ich bin keine Frau, die ihren Mann schlägt, das käme mir vor, als schlage ich Gott. Wir können uns vielleicht mit Worten wehren, aber es ist auch immer wichtig, den Mann nicht wütend zu machen und ihm keinen Grund zu geben, dass er Gewalt anwenden muss.

** Name anonymisiert*

Häusliche Gewalt umfasst mehr als nur Gewalt gegen Frauen, es betrifft die ganze Familie. Olivio da Costa von der Organisation „Männer gegen häusliche Gewalt“ ist der Auffassung, dass das Problem der häuslichen Gewalt nur unter Einbeziehung der Männer zu lösen ist. Eine der Anfangsschwierigkeiten der kleinen NGO sei es gewesen, dass Frauenorganisationen *Gender* nur als ein Frauenthema ansahen. Inzwischen klappte die Kooperation. Für ihn hat häusliche Gewalt mehrere Gründe: „Erstens ist die männliche Gewalt normalisiert, z.B. wenn wir sagen, dass wir von der Organisation *Männer gegen Gewalt* sind, kommen immer wieder Fragen: 'seid ihr irgendwie nicht normal? Seid ihr schwul?' Zweitens ist da die Bürde der Geschichte, der Traditionen: Osttimor hat traditionell ein patriarchales System gehabt, welches dann von den Portugiesen und der katholischen Kirche noch verfestigt wurde. Während der indonesischen Zeit war die Gewalt alltäglich, zudem wurden wir im indonesischen Erziehungssystem unter Suharto auch aktiv militarisiert. Drittens sind viele Männer nach der Unabhängigkeit frustriert – es gibt wenig Arbeit, es gibt mehr Ungleichheit, es gibt das unbestimmte Gefühl bei vielen Männern dass die Frauen mehr von der Zeit nach der Unabhängigkeit profitiert haben. Das manifestiert sich dann als physische Gewalt gegen

Frauen, gegen Kinder. Auch haben die meisten Osttimoresen die Gewalt selber im eigenen Haushalt, in der eigenen Kindheit miterlebt.“

Im Haus, wie auch in der Schule, ist Gewalt ein weit verbreitetes Erziehungsmittel. Viele Eltern und Lehrer sind sich nicht bewusst, was daran falsch ist und was Gewalt für Auswirkungen hat. Sie kennen kein anderes Mittel. „Die Leute hier glauben, dass Gewalt ein Schlüssel zur Erziehung sei. Sie lehren den Kindern Gewalt. In dem meisten Familien setzen Eltern sich nicht mit ihren Kindern zusammen, reden mit ihnen, hören ihnen zu und schauen, was für Bedürfnisse ihre Kinder haben und warum,“ berichtet die Frauenaktivistin Bella Galhos. „Mein Vater hat uns verlassen, als ich sechs Jahre alt war. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass er mich je in den Arm genommen hatte, aber ich weiß noch, wie er mich schlug. Mich, meine Geschwister, meine Mutter. Drei bis viermal in der Woche. Häusliche Gewalt hat viele Gesichter. Nachdem mein Vater gegangen war, hat meine Mutter diesen Erziehungsstil fortgesetzt. So ist sie erzogen worden, und mit Gewalt erziehen meine Geschwister heute ihre Kinder. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Ich habe mit meiner Mutter über ihren Erziehungsstil gesprochen. Erst hat sie nur gelacht und gesagt: 'Meinst du nicht, dass es ein großes Glück für dich war, dass genau des-

wegen aus dir etwas geworden ist?' Doch dann hat sie mir zugehört und heute sehe ich, dass sich ihre Einstellungen verändert haben.“

Die Verabschiedung des Gesetzes gegen häusliche Gewalt ist ein erster Schritt, die eigentliche Herausforderung liegt in der Umsetzung. „Dafür braucht es an allen beteiligten Stellen auch Menschen, die für das Thema sensibilisiert sind,“ sorgt sich Natalia Cesaltina de Jesus. Denn nicht selten säßen dort Männer, die bereits Täter sind. „Aber,“ so fügt sie selbstbewusst hinzu, „wir von Fokupers sehen die Verabschiedung als einen großen Erfolg unserer Arbeit an.“ Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen werden sie weiter Aufklärungsarbeit leisten, damit die Menschen in Osttimor erfahren, worum es in dem Gesetz geht, das die Familien schützen soll.

Dazu möchte auch Georgina da Silva, Koordinatorin für Menschenrechte der *Peace and Justice Commission* der Diözese Dili, beitragen: „Dadurch, dass wir viel an der Basis arbeiten, werden wir auch mit Fällen von häuslicher Gewalt konfrontiert, die ihre Ursache u.a. auch in der schlechten wirtschaftlichen Situation der Familie hat. Wir werden über das Gesetz informieren und versuchen, zur Reduzierung von häuslicher Gewalt beizutragen.“

Der Prozess zur Veränderung hat erst begonnen. Ein Schlüssel hierzu liegt in der Erziehung, in der Vermitt-



Kampagnenmaterial von Fokupers

lung von Maßnahmen, die nicht auf Gewalt und Unterdrückung fußen. Damit der Kreislauf eines Tages durchbrochen werden kann und Gewalt die gesellschaftliche Akzeptanz verliert. ♦

Gedenken, Reparationen und Anerkennung

von Monika Schlicher

Mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz und politischer Unterstützung hatte Osttimors nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission am 21. Januar 2002 die Arbeit aufgenommen. Doch als die Kommission im Oktober 2005 ihren rund 2.500 Seiten umfassenden Abschlussbericht *Chega!* (*Genug!*) an den damaligen Präsidenten und heutigen Premierminister Xanana Gusmão übergab, hatte sich der Wind längst gedreht. Die Bemühungen um Strafverfolgung waren gescheitert, die Anklagebehörde und das Sondergericht just geschlossen worden. Seither gleicht Osttimors Umgang mit der belasteten Vergangenheit einer offenen Wunde: Die politische Führung

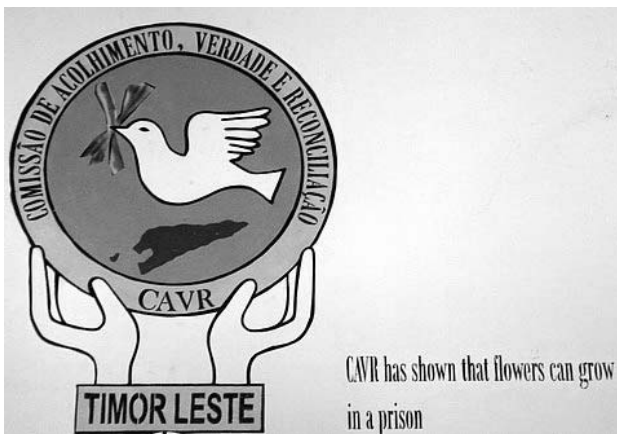
favorisiert es, einen Schlusstrich zu ziehen. Nachhaltiger Friede und Stabilität sollen durch Armutsbekämpfung und Entwicklung erzielt werden. Statt Entschädigungen für die Opfer bevorzugt sie einen Weg, der kollektiv angelegt ist und zu einem Wohlstand für alle beitragen soll. Doch kann die Wunde heilen, wenn sie verdeckt wird?

Mit der Rede vor dem Parlament anlässlich der Präsentation von *Chega!* im November 2005 entzog Präsident Xanana Gusmão dem Bericht die politische Unterstützung und stellte ihn ins Abseits. Zusammen mit dem Bericht standen auch die Opfer im Abseits, deren Bedürfnissen und Forderungen nach Anerkennung,

Heilung, Reparationen und Gerechtigkeit nicht entsprochen wurde.

2008 unternahm das Parlament erstmals einen Anlauf, sich mit dem Bericht und seinen Empfehlungen zu befassen. Zweimal hatte Chega! auf der Tagesordnung gestanden. Beide Male hatte das Parlament den Punkt vertagt. Ohne die Umsetzung seiner Empfehlungen bleibt der Bericht Augenwischerei, kann seine Wirkung nicht entfalten und die Opfer finden kein Gehör.

Am 14. Dezember 2009 verabschiedete das Parlament schließlich eine Resolution, in der es sowohl die Arbeit der Wahrheitskommission (CAVR) wie auch die der bilateralen Wahrheits- und Freundschaftskommission (CTF) zwischen Osttimor und Indonesien als einen wertvollen Beitrag zu Wahrheit, Versöhnung und Gerechtigkeit anerkannte und ihre Abschlussberichte begrüßte. Es beauftragte den Ausschuss A des Parlamentes (zuständig für Menschenrechte, Justiz, Gesetzgebung und Verwaltung) innerhalb von drei Monaten gesetzliche Grundlagen für die Bildung einer Nachfolge-



CAVR hat gezeigt, dass in einem Gefängnis Blumen blühen können

Foto: Monika Schlicher

institution der beiden Wahrheitskommissionen zu schaffen, der es dann obliegt, die Empfehlungen umzusetzen. Für die Einrichtung der Institution wurde bereits eine Summe von 250.000 US\$ in den Haushalt eingestellt.

„Die politische Führung weiß sehr wohl, dass die Empfehlungen von Chega! wichtig sind. Aber es ist auch ein sehr sensibles Thema und berührt die Beziehungen zu Indonesien, erklärt Rev. Agostinho de Vasconcelos, Direktor des Post-CAVR Sekretariats. „Insbesondere Xanana bevorzugt kein Reparationsprogramm für die Opfer von 1975 – 1999, sondern ein breites Programm, welches der ganzen Gesellschaft zugute kommt. Gleichzeitig gibt es aber Hilfsprogramme und Pensionen für die Veteranen und Entschädigungszahlungen für die Opfer der politischen Krise von 2006.“

(Bislang wurden 35,5 Mio. US\$ für „recovery and reintegration packages“ der Binnenflüchtlinge vom Ministerium für soziale Solidarität ausgegeben., ICTJ, S.9). Xanana fordere die Menschen auf, sich nicht mehr als Opfer zu begreifen, denn dies sei eine Belastung, die sie am Weitergehen hindere. Doch ohne ausreichende Hilfestellung wird das vielen schwerlich möglich sein. „Menschen sind während der Herrschaft durch Indonesien gefoltert worden, waren viele Jahre im Gefängnis. Für sie gab es bislang keinen heilenden Prozess. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Regierung, diesen Opfern zu helfen“, fordert Naldo Rei, früheres, aktives Mitglied im zivilen Widerstand gegen die indonesische Besatzung und Autor des Buches „Resistance: A Childhood Fighting for East Timor“. „Die Menschen haben ihr Leben für den Kampf gegeben, für die Unabhängigkeit unseres Landes. Und jetzt fühlen sie sich nutzlos und außen vor. Es fehlt ihnen an Fähigkeiten, um sich beruflich einzugliedern und Fuß fassen zu können. Viele brauchen psychologische und finanzielle Unterstützung.“ In einem breiten, kollektiv angelegten Programm, finden Menschen und Familien, die Opfer geworden sind, nicht die notwendige Anerkennung. Ihre Geschichte wird damit unsichtbar, ausradiert. Das staatliche Unterstützungsprogramm für bestimmte, betroffene Gruppen in der Gesellschaft kann kein Ersatz sein für Reparationen für die Opfer. „Nur wenige der Opfer fordern direkt Pensionszahlungen,“ so Manuela Pereira Leong vom International Center of Transitional Justice (ICTJ) in Dili. „Sie fordern soziale und wirtschaftliche Unterstützung, bessere Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder, Gerechtigkeit und Anerkennung.“ ICTJ arbeitet direkt mit Opfern und hat im Juni in Dili den Bericht „Unfulfilled Expectations: Victims' perceptions of justice and reparations in Timor-Leste“ vorgestellt.

ICTJ ist gemeinsam mit dem Post-CAVR Sekretariat führende Kraft bei der Gründung einer NGO-Arbeitsgruppe, die sich zur Aufgabe gestellt hat, mit Lobbyarbeit gegenüber dem Parlament und der Regierung für die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommissionen einzutreten. Weitere Mitglieder der Gruppe sind Asociaaun HAK, Fokupers, der Provedor für Menschenrechte und UNMIT's Human Rights Team. Das Konzept für eine Nachfolgeinstitution der Wahrheitskommissionen und ihre Aufgabenfelder geht auf ein Papier zurück, welches die NGO-Arbeitsgruppe dem Parlament im Oktober vergangenen Jahres vorgelegt hatte. Dieses Konzeptpapier wurde als Grundlage für die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes angenommen.

„NGOs haben unermüdlich Lobbyarbeit für die Umsetzung der Empfehlungen und einer Debatte der Berichte im Parlament geleistet,“ so José Caetano Guterres vom East Timor Crisis Reflection Network (ETCRN). „Wir haben kontinuierlich Druck gemacht.“ In einer gemeinsamen Aktion zusammen mit der Menschenrechtsorganisation Asociaaun HAK, dem NGO-Forum

FONGTIL und Progressio hatte ETCRN dem Parlament zuvor noch eine Petition mit über 3.000 Unterschriften überreicht.

Am 30. August 2009 jährte sich zum 10. Mal der Tag des Referendums von 1999, an dem die Osttimoresen für eine Loslösung von Indonesien stimmten. Gemeinden und Opferorganisationen gedachten der Opfer der von Milizen mit Unterstützung des indonesischen Militärs damals verübten Massaker und Gräueltaten. Dieses Gedenken, gepaart mit der Ignoranz des Parlamentes und der Regierung gegenüber dem Bericht der Wahrheitskommission, wie auch im Umgang mit ehemaligen Milizen und Amnestieregelungen, ließen Forderungen nach Gerechtigkeit und Anerkennung wieder lauter werden. Die eigenmächtige Anordnung von José Ramos-Horta und Xanana, den ehemaligen stellvertretenden Milizenkommandanten Maternus Bere, der das Kirchenmassaker in Suai mitzuverantworten hat, just zum 30. August 2009 an die Botschaft Indonesiens zu überstellen, erregte die Gemüter. Bere weilte seit 1999 in Westtimor und konnte bei einem Besuch in Suai verhaftet werden. Die Zusammenkunft von Opferorganisationen zu Anfang September 2009 mündete in der Gründung eines nationalen Dachverbandes, der ihren Anliegen mehr Gewicht verleihen soll. „Mit dem neuen, landesweiten Zusammenschluss von Opfergruppen gewinnen die Opfer an Stimme und sprechen mehr für sich selbst. Aufgabe der NGOs ist es, im Hintergrund zu agieren und die Opfer zu unterstützen,“ erläutert Manuela Pereira Leong.

José Nunes, Leiter der Nationalen Vereinigung der Opfer fordert: „Für die, die als Zivilbevölkerung Opfer geworden sind und Menschen verloren haben, gibt es noch keine Klärung und Anerkennung durch Regierung und Parlament. Wenn wir über Entwicklung reden, müssen wir zuerst über Gerechtigkeit reden. Wie sonst kann es hier Frieden geben. Wir müssen uns der Vergangenheit stellen, damit wir die Unabhängigkeit leben können. Zivile Opfer brauchen Anerkennung, die durch die Regierung kommen muss. Die Täter müssen für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden. Wir dürfen unsere Brüder und Schwestern nicht fallen lassen.“

Hat das Parlament die Stimmen vernommen? Mit Zeitverzug, wie so häufig in Osttimor, hat die Kommission A nun 2 Gesetzesentwürfe vorgelegt, die sich durchaus sehen lassen können. Zum einen soll als Nachfolgeorganisation von CAVR und CTF ein Institut des Erinnerns (*Instituto da Memória*) eingerichtet werden, mit der Aufgabe, die nötigen Bedingungen zur Umsetzung der Empfehlungen zu schaffen. Das staatliche Institut soll unabhängig operieren, unter der Ägide des Ministeriums für soziale Solidarität. Es soll zu gerechten Reparationen, der Achtung der Menschenrechte und des Gesetzes sowie einer Kultur der Verantwortlichkeit beitragen. Erforderlich ist es,

diejenigen in Ehre und Erinnerung zu halten, die im Kontext des Konflikts zwischen 1974 und 1999 ums Leben kamen, und ihre Familien sollen unterstützt werden. Es ist vorgesehen, dass zu den vielen Fällen von Verschwundenen eine Datenbank angelegt wird und Untersuchungen über den Verbleib der Person angestrengt werden. Diese Aufgabe soll in dem zu gründenden Institut die Abteilung für Verschwundene übernehmen. Der Abteilung Forschung & Dokumentation soll zur Verbreitung der Berichte von CAVR und CTF im Land beizutragen, Bildungsmaterial erstellen und die Regierung beim Schulcurriculum zu diesem Thema beraten. Materielle und symbolische Unterstützung sind allen zgedacht, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Kontext des Konfliktes geworden waren. Reparationen sollen zu Versöhnung und öffentlicher Anerkennung beitragen sowie den Opfern praktische Unterstützung geben, da, wo es ihnen am meisten notwendig ist. Den Rahmen aller vorgesehenen Maßnahmen bildet der Gesetzesentwurf zum nationalen Reparationsprogramm.

Zivilgesellschaftliche Organisationen waren aufgefordert, zu den Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen und wurden mit ihren Eingaben am 6. Juli vom Ausschuss A des Parlaments angehört. Am 7. Juli gab es noch eine weitere Anhörung speziell für Opferorganisationen. Auf einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments sollten die Gesetzesentwürfe am 8. Juli debattiert werden. Dies wurde aber auf Bitten des Ausschusses verschoben. Statt dessen stimmte er sich zunächst intern über die Gesetzesvorlagen ab. 5 Ausschussmitglieder waren dafür, 2 dagegen. Am 15. Juli trat das Parlament seine zweimonatige Sommerpause an. Was hoffnungsvoll zu Ende des letzten Jahres begann, zieht sich nun wieder hin. Die Opfer müssen weiter warten.

Konzeptpapier, Gesetzesentwürfe zu Reparationen und dem Institut für Erinnern, sowie die Eingaben von NGOs wie auch die Berichte und Empfehlungen der Wahrheitskommissionen finden sich auf der Homepage von La'o Hamutuk: <http://www.laohamutuk.org/Justice/Reparations/10ReparIndex.htm>

International Center for Transitional Justice (ICTJ): Unfulfilled Expectations, Victims' perceptions of justice and reparations in Timor-Leste, February 2010

„Wir wissen bis heute nicht genau, wie groß die Zahl der Opfer ist“

Die Frauen der Opferorganisation Rate Leak – keine Gräber – halten die Erinnerung an das Massaker in der Kirche von Liquisa 1999 lebendig, sie fordern Aufklärung über den Verbleib ihrer Männer und Söhne, Reparationen und Gerechtigkeit. Mit Elisa da Silva dos Santos, der Koordinatorin der Gruppe, sprachen Monika Schlicher und Maria Tszanz

Am 6. April 1999 suchten über 2.000 Menschen in Liquisa Zuflucht in der Kirche, nachdem am Tag zuvor die *Besi Merah Putih* Miliz (BMP) Jagd auf Unabhängigkeitsbefürworter gemacht hatte. Am frühen Morgen kam die Miliz zusammen mit indonesischem Militär (TNI) und mobilen Polizeikräften (*Brimob*) zur Kirche. Sie forderten Priester Rafael dos Santos auf, ihnen den Ortschef von Liquisa zu übergeben, da er als Pro-Unabhängigkeit identifiziert worden sei. Nachdem es zu keiner Einigung kam, schossen *Brimob* Angehörige in die Luft und die Milizen drangen auf das Kirchengelände ein. Sie warfen Tränengas in das Haus des Priesters und als die Menschen in Panik vom Kirchengelände flohen, wurden sie vom Militär, der Polizei und den Milizen brutal attackiert. Die genaue Anzahl der Toten kann nur geschätzt werden, da die Leichen danach vom Militär auf LKW fortgebracht wurden. Osttimors Wahrheits- und Versöhnungskommission (CAVR) geht von mindestens 60 Toten aus, es können aber



Elisa da Silva dos Santos von der Opferorganisation Rate Leak

Foto: Maria Tszanz

auch mehr als 100 gewesen sein. Das Massaker in der Kirche von Liquisa war der traurige Auftakt einer Reihe von weiteren blutigen Ereignissen im Zuge der Terror- und Einschüchterungskampagnen von Milizen und TNI im Vorfeld des von den Vereinten Nationen zur Lösung des Osttimor-Konfliktes durchgeführten Referendums. Es illustrierte das organisierte, gemeinsame Vorgehen von Militär und Milizen.

Was ist das Anliegen der Organisation und wie treten sie dafür ein?

Wir sind 12 Frauen und wir haben keine großen Mittel. Wir sitzen zusammen und erörtern, was braucht es für eine Gerechtigkeit, was brauchen wir und was können wir tun, damit das Massaker in der Kirche von Liquisa nicht in Vergessenheit gerät. Wir haben Petitionen ans Parlament geschickt, um das Recht auf Reparationen und Anerkennung, das die Opfer haben, einzufordern. Frauen vermissen ihre Söhne oder Männer, die beim Massaker ums Leben

gekommen sind. Die Milizen waren vor der Kirche, das Militär dahinter. Die Leichen sind weggebracht worden, aber nicht nur an einen Ort. Sie wurden verscharrt, wieder raus geholt und an weitere Orte gebracht. Hatten wir tatsächlich einmal einen Anhaltspunkt gefunden, so verlor sich die Spur auch gleich wieder. Es ist uns schier unmöglich sie zu finden. Deshalb möchten wir, dass unsere Regierung Kontakte zur Regierung von Indonesien aufnimmt, um herauszufinden, wo die Leichen unserer Söhne und Ehemänner hingebacht wurden. Es geht auch darum, Gewissheit zu erhalten, dass der geliebte Mensch tot ist. Das ist uns ein ganz dringliches Anliegen. Die beiden Regierungen müssen sich zusammensetzen und dies klären. Die Regierung Indonesiens soll Auskunft geben, damit wir die sterblichen Überreste traditionell beerdigen können und die Familien hier auch einen Ort haben, wo sie die Toten ehren können. Das ist in unserer Tradition sehr wichtig, damit nicht nur die Lebenden sondern auch die verstorbenen Seelen Ruhe finden. An den Gräbern werden nicht nur die Toten besucht, sondern auch deren Seelen. Das ist der Ort, wo der Kontakt hergestellt werden kann. Wenn die Seelen in einer anderen Welt ihr zu Hause nicht finden, irren sie herum in einer Art Zwischenwelt. Während andere an Gräber gehen können, bleibt uns bislang als Alternative nur die Kirche, der Ort des Massakers, oder wir legen am Meer Kränze nieder, um so die Toten zu ehren und bei ihnen zu sein.

Sind die Täter von damals nach Liquisa zurückgekehrt und wie bedeutsam ist es Ihnen und der Gruppe, dass die Täter vor Gericht gestellt werden?

Die Täter schwerer Straftaten, wie die Mörder beim Massaker, die Drahtzieher und Anführer der Milizen, sind bislang nicht zurückgekehrt. Nur diejenigen sind zurück, die minderschwere Verbrechen, wie das in Brandsetzen von Häusern, begangen haben. Sie sind hier. Die Bestrafung der Täter, sie vor Gericht zu sehen, das ist für uns Opfer sehr wichtig. Das bedeutet für uns ein Stück weit einen Ausgleich finden zu können, für das, was die Täter getan haben. Auch können wir dadurch etwas zur Ruhe zu kommen und die inneren Wunden können heilen.

Haben Sie Unterstützung durch die nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission (CAVR) erhalten und sind in Liquisa Prozesse zur Versöhnung von Tätern minderschwerer Verbrechen mit Opfern (Community Reconciliation Processes) durchgeführt worden?

Die Leute der Wahrheitskommission waren in Liquisa. Sie haben die Opfer befragt und Daten aufgenommen. In einer öffentlichen Anhörung haben sie den Opfern eine Stimme gegeben. Sie konnten als Augenzeugen auftreten und aussagen, was ihnen widerfahren ist.

Danach haben sie eine kleine finanzielle Anerkennung bekommen. Die Wahrheitskommission hat ihre Arbeit gut gemacht, und die Forderung an das Parlament getragen, dass dem Recht der Opfer genüge zu leisten ist. Wichtig ist, dass Reparationen geleistet werden, und zwar in Form von zwei Dingen: zum einen braucht es ein Symbol der Anerkennung in Form eines Monuments oder durch Gedenktafeln. Zum anderen brauchen wir individuelle Unterstützung durch



Denkmal an der Kirche

Foto: Monika Schlicher

Entschädigungen.

Es sind auch Versöhnungsprozesse zwischen Tätern und Opfern durchgeführt worden. In dem als „nahe biti“ („eine Matte ausrollen“) bekannten lokalen Konfliktlösungsverfahren haben Täter ihre Schuld bekannt und es wurde eine Wiedergutmachung ausgehandelt. Es hing dann davon, ob Opfer diese akzeptieren. Die Prozesse haben dazu beigetragen, dass wir in der Gemeinde wieder friedlicher zusammenleben konnten, doch es bleibt das Problem, dass nur die Täter minderschwerer Verbrechen mit ihren Taten konfrontiert werden konnten. Die Täter von schweren Menschenrechtsverletzungen konnten in diese Versöhnungsrituale nicht aufgenommen werden.

Erhält Rate Leak Unterstützung durch die Kirche

in Liquisa?

Bis heute hat weder die Kirche noch die Regierung uns irgendwelche Unterstützung zukommen lassen. Wir haben uns auch noch nicht direkt an die Kirche gewandt. Der frühere Priester war Teil der Gemeinde, das heißt, er lebte durch die Unterstützung der Gemeinde. Von daher konnten wir uns nicht an ihn wenden. Mit ihm haben wir den Gedenktag noch zusammen gestaltet. Den jetzigen Priester müssen wir jedes Jahr ansprechen, am Tag des Massakers eine Messe für die Toten zu lesen.

Erfährt ihre Organisation Unterstützung und Rückhalt durch die Gemeinde, ist das Massaker noch ein Thema für die ganze Gemeinde?

Von der Gemeinde bekommen wir keine finanzielle Unterstützung, aber eine moralische, und von der Kirche bekommen wir das gemeinsame Gebet. In den ersten Jahren war das Massaker ein gewichtiges Thema, so bis etwa 2005. Aber das Opfer nach so vielen Jahren noch immer die Notwendigkeit verspüren, nach Gerechtigkeit zu suchen, kann von den anderen in der Gemeinde nicht mehr ganz nachvollzogen werden. Sie sind müde, das immer wieder zu hören und neu aufzurollen, und immer weniger Menschen nehmen am Gedenken teil. Ich erhalte diese Rückmeldung auch von Kollegen und Kolleginnen, die mich fragen, wie kannst du einen so langen Atem haben, weiter zu kämpfen und dich dafür anzustrengen? Es sei so aussichtslos.

Ich habe bei diesem Massaker einen lieben Menschen verloren. Es ist für mich ein tiefes Anliegen, mich weiter dafür anzustrengen und zu kämpfen. Es geht nicht nur darum, etwas zu bekommen, es hat eine größere Bedeutung, dass unsere Gruppe für Gerechtigkeit kämpft und die Erinnerung lebendig hält. Das Massaker darf nicht in Vergessenheit geraten, immer weniger Menschen erinnern es. Wir kämpfen auch dafür und möchten zeigen, dass es

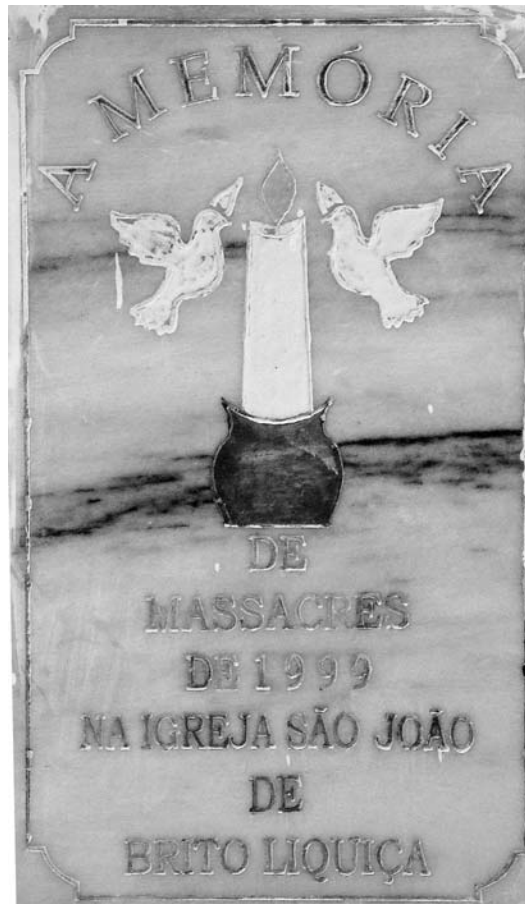
noch immer gilt, diesem Ereignis Wert und Anerkennung beizumessen. Das ist wichtig für uns, für uns Mütter und Witwen. Wir reichen weiterhin unsere Petitionen ein, um das Thema und die Forderung lebendig zu halten. Wir wenden uns an Menschenrechtsorganisationen und an die Regierung.

Was wäre für Sie und die Frauen von Rate Leak auf der individuellen Ebene wertvoll, um Heilung zu erfahren?

Wir brauchen Gerechtigkeit, doch selbst unsere Regierung meint, Gerechtigkeit sei für uns nicht so wichtig. Dann ist uns wichtig, dass den Gefühlen, dem Befinden der Frauen, Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dieses Warten auf Gerechtigkeit, dieser lange Prozess, in dem nichts passiert, bedeutet, dass wir in dieser Zeit gestützt werden müssen. Wir brauchen Reparationen, um durchzuhalten und unsere Lebensbedingungen wie

auch unsere wirtschaftliche Situation verbessern zu können. Wir müssen unsere Häuser reparieren können und wir brauchen Zugang zu Gesundheitsversorgung.

Reparationen sind für die Familien der Opfer wichtig, aber sie können die Wunden nicht heilen, dazu braucht es Gerechtigkeit. Wir brauchen die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland. Unterstützung erfahren wir auch durch die Nationale Gemeinschaft der Opfer in Osttimor, ein Dachverband, der im September 2009 ins Leben gerufen wurde und Strukturen aufgebaut hat, um all die kleinen Gruppen im Land zusammen zu führen. Mit diesem Verband können wir gemeinsam den Kampf um Gerechtigkeit verstärken. Wir stellen fest, dass immer noch neue Opferfamilien hinzukommen, deren Daten noch gar nicht erfasst sind. Diese werden durch die Aktivitäten der Gruppe integriert. Es ist schwierig und problematisch, all die Daten zu erfassen, da schon viel Zeit verstrichen ist. Wir wissen bis heute nicht genau, wie groß die Zahl der Opfer ist. ♦



Gedenktafel am Kirchendenkmal

Foto: Monika Schlicher

Angesagt – aus der Arbeit von Watch Indonesia!

Nr. 3, April – Juli 2010

Ego Lemos zu Gast in Berlin

Man nennt ihn auch den Bob Dylan von Osttimor. Nach dem Konzert, das er für uns am 13. Juli im Soup-nova gab, waren auch wir bezaubert und bewegt von Ego Lemos' Musik und der darin zum Ausdruck ge-



Ego Lemos am Holocaust-Mahnmal in Berlin

Foto: Victoria Kumala-Sakti

brachten Liebe zu seinem Land und den Menschen. Er singt in seiner Muttersprache Tetum von der Vielfalt der Traditionen, vom Gemeinsinn und er spricht die Menschen in ihrer ländlichen Identität an. Der Erhalt der Umwelt ist ihm eine Herzensangelegenheit. Er wirbt mit seinen Liedern für eine ländliche Entwicklung, die nachhaltig ist, lokales Wissen einbezieht und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Mit einer raschen Mechanisierung der Landwirtschaft, die auf Export ausgerichtet ist, geht seiner Meinung nach vieles an traditionellem, angepassten Wissen verloren und führt letztlich in Abhängigkeit. Als er vor 10 Jahren mit dem Konzept von Permakultur bekannt wurde, fand er für seinen Ansatz einen Namen. Gemeinsam mit weiteren engagierten Freunden gründete er die Organisation PERMATIL. Die Organisation führt seitdem zahlreiche Trainings mit Gemeinden zu nachhaltiger Landwirtschaft durch, seit letztem Jahr ist sie auch vom Ministerium für Landwirtschaft und Forst nachgefragt, um Berater für ländliche Entwicklung in nachhaltigem Landmanagement zu schulen. PERMATIL's „Permakultur Handbuch für Osttimor“ fasst das nötige Wissen anschaulich zusammen. Praktische Anschauungsbeispiele ihrer Arbeit finden sich in Laga, Distrikt Baucau, und in Turiskai, Distrikt Manufai, wo mit den dortigen Gemeinden Permakultur-Zentren entstanden sind. Watch Indonesia! und PERMATIL sind zur Unterstützung der ländlichen Entwicklung in Osttimor eine Partnerschaft eingegangen.

Mehr zu Musik und Engagement von Ego Lemos unter <http://egolemos.com>

Osttimor

Im Juni reiste unsere Mitarbeiterin Monika Schlicher zusammen mit Maria Tschanz nach Osttimor, im Juli folgte unser Mitarbeiter Henri Myrntinen. Gemeinsam werden sie im regiospectra Verlag ein Buch „Osttimor auf der Suche nach Identität – zwischen Neotraditionalismus und Visionen der Moderne“ herausgeben. Hierzu

fürten sie zahlreiche Interviews zu den Themen Rollenverständnis und Lebensverläufe von Frauen und Männern, Vergangenheitsaufarbeitung, Entwicklung und Wahrnehmung des Transformationsprozesses. Sie besuchten lokale Nichtregierungsorganisationen, die sich für eine friedensfähige Gesellschaft engagieren, in Dili, Liquisa, Gleno und Ermera. Zusätzlich führten sie Gespräche mit internationalen Organisationen zu ihren Projekten im Land. An dem Buchprojekt werden sich auch Autoren und Autorinnen aus Osttimor und Indonesien beteiligen.

Intensiv recherchierte Frau Dr. Schlicher zu dem Themenkomplex „Erinnerungskultur und Anerkennung für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen“, zu dem sie in der Reihe Menschenrechte des Internationalen Katholischen Missionswerkes *missio* in Aachen zu Ende des Jahres eine Studie veröffentlichen wird.

Indonesien: Westpapua

Im Juli 2010 besuchte unser Mitarbeiter Henri Myrntinen Manokwari, Westpapua, um das von unserer Partnerorganisation JASOIL implementierte Mediations- und Konfliktresolutionsprojekt zu evaluieren (siehe auch *Suara* 1/2010). Neben mehrtägigen Evaluierungsgesprächen machte sich Henri Myrntinen auch ein Bild von der Arbeit von JASOIL in den Dörfern des Distriktes und führte mehrere Hintergrundgespräche mit lokalen, nationalen und internationalen Akteuren in Manokwari und Jakarta.

FriEnt-Rundtisch Indonesien:

Aktuelle Transformationsprozesse in Aceh, BMZ, Bonn 19. April 2010

FriEnt Bericht, 03. Mai 2010 (leicht gekürzt): <http://www.friente.de/laender/indonesien.asp>

Die Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami bis 2009 und die Beendigung des 30-jährigen Bürgerkriegs mit dem Friedensabkommen von Helsinki in 2005 haben maßgebliche Voraussetzungen für Entwicklung und Frieden in der Provinz Aceh geschaffen. Und doch bestehen ökonomische und soziale Probleme, die die Transformationsprozesse prägen. Nach den Provinzparlamentswahlen in 2009 sind sowohl Legislative wie auch Exekutive dominiert von der Aceh Partei, welche sich als politische Nachfolgeorganisation der Unabhängigkeitsbewegung versteht. Von zentraler Bedeutung ist die Einführung der Scharia in Form einer Sammlung von Gesetzesverordnungen, die vor allem Fragen der Beziehung zwischen den Geschlechtern regelt. Zudem stehen eine vollständige Umsetzung des LoGA (Law on the Governing of Aceh) und die Aufarbeitung der Ver-

gangenheit aus.

Was bedeuten diese Herausforderungen für die Konsolidierung von Frieden und Entwicklung? Und welche Rolle haben staatliche, zivilgesellschaftliche und externe Akteure im Friedens- und Demokratisierungsprozess? Diesen Fragen ging der dritte FriEnt-Rundtisch Indonesien am 19. April in Bonn nach. Vertreterinnen und Vertreter staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der Wissenschaft tauschten sich über die aktuellen Herausforderungen aus.

Kristina Großmann von der Universität Frankfurt/Main und der Südostasien Informationsstelle des Asienhauses Essen gab einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in Aceh, erörterte die Transformationsprozesse aus einer genderspezifischen Perspektive und beleuchtete die Rolle von Frauen als „change agents“.

Juanda Djamal, Generalsekretär des „New Aceh Consortium“, stellte Möglichkeiten und Strategien für nachhaltigen Frieden und Entwicklung aus zivilgesellschaftlicher Sicht dar und präsentierte die Ansätze und die Arbeit des 2008 gegründeten Konsortiums. Die Mitglieder des Konsortiums betonten, dass die Teilhabe der breiten Bevölkerung an wirtschaftlicher Entwicklung notwendig sei und Voraussetzungen geschaffen werden müssten, die Sicherheit anhaltend gewährleisten.

In der Diskussion wurde rückblickend auf fünf Jahre Wiederaufbauhilfe darauf verwiesen, dass von Seiten der Geber die Komplexität der Folgen und Dynamiken der Naturkatastrophe und des Sezessionskonflikts oftmals verkannt wurde. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass die Entwicklung in Aceh weiterhin der Beobachtung, Analyse und Zusammenarbeit bedarf. Auch wenn durch die Sonderautonomie ein Großteil der Verantwortung nun auf Provinzebene liegt, so ist doch das Verhältnis zur Zentralregierung in Jakarta von entscheidender Bedeutung. Hier bedarf es weiterhin der Etablierung belastbarer partnerschaftlicher Dialogstrukturen.

Die Vielfalt an Herausforderungen ist von entgegengesetzten Dynamiken charakterisiert, die auf dem Rundtisch beispielhaft erörtert wurden. So stehen Potenzialen für Stabilität, wie etwa die Einbindung von Ex-Kombattanten in die säkular orientierte Aceh-Partei, auf der anderen Seite Risiken für den Demokratisierungsprozess durch eine de facto Einparteienherrschaft gegenüber. Auch steht die zunehmende – und für Stabilität dienliche – Rolle von zivilen indonesischen Unternehmen in Aceh deren Potenzial für Destabilisierung aufgrund quasi unkontrollierter wirtschaftlicher Aktivitäten entgegen. Dahinter stehen die mangelhafte Implementierung bestehender Gesetze und die hohe Korruption. Fragen der Reintegration, parallel existierende Rechtssysteme sowie der Erhalt der Umwelt wurden als weitere zentrale Herausforderungen besprochen. Im Allgemeinen werde bisher auch die Islamisierung der Gesellschaft in Aceh unterschätzt.

Übereinstimmend wurde bekräftigt, dass die Maß-

nahmen und die Präsenz internationaler Akteure auch künftig eine wichtige Rolle in der Konsolidierung des Friedens- und Demokratisierungsprozesses in Aceh spielen werden. Zur Identifizierung von Chancen, Herausforderungen und Risiken brauche es eine umfassende Analyse, die die kurzfristigen und langfristigen Potenziale für Gewalt differenziert benennt. FriEnt wird sich hiermit weiter beschäftigen.

Von Watch Indonesia! nahm Alex Flor an der Veranstaltung teil und wirkte bei der Organisation und konzeptionellen Gestaltung mit.

Juanda Djamal, Generalsekretär des „New Aceh Consortium“, war kurze Zeit später zu Gast bei Watch Indonesia! in Berlin. Auf seinem Programm stand u.a. die Teilnahme an einem Rundtischgespräch der Berghof-Gesellschaft. Ein Interview mit Juanda Djamal wird demnächst in unserer Rubrik "Information und Analyse" veröffentlicht werden.

11. Berliner Entwicklungspolitisches Bildungsprogramm (benbi)

Zum 11. Mal findet vom 08. – 12. November das Berliner Entwicklungspolitische Bildungsprogramm im FEZ-Berlin in der Wuhlheide statt. Unter dem Motto „Geld Global – Wie bestimmt Geld unsere Welt?“ können SchülerInnen der 3. bis 13. Klasse ein umfangreiches Bildungsangebot besuchen: Neben 60-minütigen Workshops werden ein Kinoforum, eine Podiumsdiskussion, ein buntes Kulturprogramm sowie Ausstellungen rund um das Thema Geld angeboten. Gemeinsam entdecken Kinder und Jugendliche die Zusammenhänge in einer globalisierten Welt und bringen ihr eigenes Alltagshandeln mit den Lebensumständen von Menschen auf anderen Kontinenten in Zusammenhang.

Auch dieses Jahr sind wir von Watch Indonesia! wieder mit einem eigenen Workshop vertreten sein: **„Menschen aller Wälder vereinigt Euch – Geld kann man weder atmen noch essen!“**

Die Regenwälder Indonesiens sind längst in den Fokus der Märkte geraten. Wald wird als Ware gehandelt. Welche Folgen hat das für Menschen und Umwelt? Wie könnte eine nachhaltige und gerechte Nutzung aussehen? Gemeinsam suchen wir nach Antworten.

Die Anmeldung von Schulklassen oder Jugendgruppen ist vom 23. August bis 31. Oktober 2010 unter: www.kateberlin.de/benbi möglich.

Weitere Infos bei Nele Heiland, KATE - Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Tel. 030-44053110, anmeldung@kateberlin.de

Außerhalb von Benbi kommen wir gern auch in Ihre Schule oder Jugendgruppe. Weiterhin bieten wir an: Löst eure Energieprobleme nicht auf unsere Kosten!

Dieser Workshop entführt die TeilnehmerInnen nach Indonesien in eine anscheinend ferne Welt, in der die Auswirkungen unserer Energiepolitik massiv zu spüren sind. Anhand von altersgerechten Beispielen schauen wir uns an, was die rücksichtslose Ausbreitung von Palmölplantagen für die Lebensbedingungen der Menschen dort bedeutet: Die Zerstörung des Regenwaldes geht einher mit Menschenrechtsverletzungen, Landvertreibung und Verelendung.

Sprechen Sie uns an:

watchindonesia@watchindonesia.org

Kurz belichtet:

Wir nahmen teil an der Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung: **Die indonesische Militärreform 2010 – Chancen und Risiken für die regionale und internationale Zusammenarbeit, Vorstellung des „Wörterbuchs der Umfassenden Sicherheit Indonesien“** durch den Autor Dr. Ingo Wandelt, Südostasienwissenschaftler, am 10. Mai 2010

Die Militärreform Indonesiens war Thema einer Diskussionsveranstaltung, die am 6. Juni von der indonesischen Studentenvereinigung PPI (Perhimpunan Pelajar Indonesia) in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Indonesiens veranstaltet wurde. Wir waren eingeladen, an dieser Diskussion teilzunehmen. Nach einigen Grußworten von Botschafter Eddy Pratomo und den Mitveranstaltern gab Militärattaché Fachri Adhary einen Überblick über die Reformen der letzten 12 Jahre und stand anschließend Nachfragen der Teilnehmer Rede und Antwort. Alex Flor fragte als Vertreter von Watch Indonesia! unter anderem nach gezielten Bemühungen der TNI zu Rekrutierung indigener Papua.

Wir waren eingeladen, uns am 28. und 29. Juli bei der Fachtagung **„Feelings at the Margins: Emotions and Marginality in Indonesia“** vom Cluster of Excellence „Languages of Emotion“ der Freien Universität Berlin einzubringen. Die Tagung wurde geleitet von Prof. Dr. Birgitt Röttger-Rössle, Thomas Stodulka, M.A. (FU Berlin, Social Anthropology) und Ferdiansyah Thajib, M.A. (KUNCI Cultural Studies Center, Yogyakarta)

Watch INDONESIA!

Planufer 92 d, 10967 Berlin
Tel./Fax: +49-30-698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

Für Demokratie, Menschenrechte und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.

Impressum

SUARA 19. Jahrgang, Nr. 2, August 2010
ISSN 1867-3554, vierteljährlich

Verlag und Herausgeber:

Watch Indonesia! e.V.

Planufer 92 d

10967 Berlin

Tel./Fax: 030 – 698 17 938

e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org

www.watchindonesia.org

ViSdP: Alex Flor

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Berlin

Registernummer: 14809 Nz

Steuernummer: 27/681/50628

SUARA bestellen

Abopreise:

Für jeweils 6 Ausgaben inkl. Versand berechnen wir:

Deutschland: € 25,-

Europa: € 35,-

Übersee: € 45,-

Einzelheft: € 3,00 (ohne Versand)

Senden Sie uns Ihre Bestellung bitte an o.g. Anschrift.

Bitte überweisen Sie die Abogebühr an:

Watch Indonesia! e.V.

Kto.-Nr.: 2127 101

Postbank Berlin (BLZ: 100 100 10)

IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01

BIC/SWIFT: PBNKDEFF



Über uns

Watch Indonesia! versteht sich als Brücke für die indonesischen und osttimoresischen Zivilgesellschaften, für deren Anliegen wir die Öffentlichkeit in Deutschland sensibilisieren möchten. Wir setzen uns ein für die Einhaltung der Menschenrechte, die Förderung eines umfassenden Demokratisierungsprozesses, den Schutz der Umwelt und eine friedliche Lösung von Konflikten. Diese Ziele verfolgen wir durch politische Bildung, interkulturellen Austausch, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Projekte mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnern in Indonesien und Osttimor. Wir verfügen über ein breites Netzwerk und bieten einen aktuellen und umfassenden Informationspool.

Die Palette von Themen, zu denen wir arbeiten, reicht von Aufarbeitung der belasteten Geschichte, Versöhnung und Friedensförderung, Beendigung der Straflosigkeit, bis hin zu Klimagerechtigkeit, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten sowie Land- und Indigenenrechten.

Watch Indonesia! wurde 1991 von Indonesiern und Deutschen in Reaktion auf das Santa Cruz Massaker in Osttimor gegründet. Seit 1994 ist Watch Indonesia! ein eingetragener Verein.

Menschenrechtsarbeit braucht einen langen Atem. Bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende. Watch Indonesia! e.V. ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt und Spenden sind steuerabzugsfähig.